

# Lübener Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübener Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 3.00, monatlich 1.00 Mt.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46  
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Zeile für deren Raum 35 Pfg., Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 25 Pfg., auswärtige Anzeigen 45 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 6.

Dienstag, den 8. Januar 1918.

25. Jahrg.

## Die baltischen Barone.

Die deutschen Eroberer wollen Gebietserweiterungen im Osten unter der Vorgabe, daß es dort gelte, „Deutsche zu befreien“. An der Hand der Geschichte wollen wir untersuchen, wie es mit dieser Behauptung steht.

Die ungeheure Mehrheit der Bevölkerung Kurlands und der angrenzenden Gebiete Livlands bilden die Letten. Die Bauern in den Dörfern, die Kleinbürger und Arbeiter in den Städten gehören beinahe ausnahmslos zum lettischen Volke. Aber über ihnen stehen deutsche Herrenklassen: Die Großgrundbesitzer auf dem Lande, die reichen Kaufleute und Fabrikanten in den Städten sind Deutsche.

Die Deutschen bilden nur eine kleine Minorität der Bevölkerung; aber sie haben das Land beherrscht, seitdem die Ritterorden es erobert hatten. Die lettischen Bauern waren Leibeigene der deutschen Herren. Unter der schwedischen Herrschaft im 17. Jahrhundert schützte die Königsgewalt die lettischen Bauern gegen die deutschen Barone. Aber als das Land an Rußland gefallen war, wurde der Bauer wehrlos und gefeindlich dem Grundherrn ausgeliefert. Nun hieß es, die Bauern seien „Skaven im Sinne des römischen Rechtes, soweit es mit der christlichen Religion zusammenstehen kann.“ Nach der Ansicht jüdischer Beamter und deutscher Junker konnte sehr viel mit der christlichen Religion „zusammenstehen“.

Erst im Jahre 1819 fiel die Leibeigenschaft. Aber die Aufhebung der Leibeigenschaft bedeutete nichts anderes als den letzten und größten Raub am Bauernland. Hatten die Bauern bisher doch wenigstens ein festes, tatsächliches Nutzungsrecht am Boden besessen, so wurde jetzt der Boden für das Eigentum der Gutsherrn erklärt, die Bauern wurden in bloße Zeithäufner verwandelt. Der Gutsherr sagte den Bauern: „Das Land ist mein, die Zeit ist dein.“ Das heißt: Du brauchst mir nicht mehr Robot zu leisten, aber dafür gehört der Boden mir.

Dadurch sind die lettischen Bauern zu heillosen Proletariern geworden, die den Boden ihrer Väter von den Gutsherrn gegen drückenden Geld-, Natural- und Arbeitszins pachten müssen. Bei jeder Erneuerung der Pachtverträge gibt es erbitterte Kämpfe zwischen Gutsherrn und Bauern. Diese Kämpfe erfüllen erklärlicherweise die lettischen Bauern mit leidenschaftlichem Deutschenhaß. Denn der lettische Bauer kennt ja den Deutschen in keiner anderen Gestalt als in der des Barons auf dem Lande, der ihn bedrückt, und des Händlers in der Stadt, der ihn ausbeutet. Dieser Deutschenhaß, der ein Produkt Jahrhunderte alter Geschichte, ein Produkt der sozialen Verhältnisse des Landes ist, erklärt die Leidenschaft, mit der die lettischen Schützenbataillone gegen Deutschland gekämpft haben. Er erklärt es, daß diesen nationalen Legionen Tausende Freiwilliger aus allen Schichten des lettischen Volkes zugeströmt sind.

Die alldutschen Eroberer fordern nun, daß Kurland in irgendeiner Form an Deutschland angegliedert wird. Man male sich nun aus, wie sich diese Forderung den Letten darstellt. Das lettische Volk wünscht gewiß nicht, von den Russen beherrscht zu werden. Aber die Zugehörigkeit zu Rußland würde für den lettischen Bauer heute nach dem Siege der Revolution immerhin die Enteignung der deutschen Grundherrenklasse, die Rückgabe des Bodens an die lettische Bauernschaft, die Befreiung von Jahrhunderte alter Knechtung und Ausbeutung bedeuten. Die Annexion durch Preußen dagegen fürchtet der lettische Bauer. Denn er ist überzeugt, daß die preussische Junkerklasse die Herrschaft ihrer Volks- und Klassenangehörigen in Kurland verewigen werde.

Gibt man Kurland sein wirkliches Selbstbestimmungsrecht, so wird die lettische Bevölkerungsmehrheit wahrscheinlich beschließen, einen selbständigen demokratischen Staat zu bilden, aber für irgendeine Angliederung an Preußen wird sie nach den Proben, die ihr die Jahrhunderte von den baltischen Baronen gegeben worden sind, schwerlich zu gewinnen sein. Eine Entscheidung Kurlands für die Angliederung an Preußen wäre nur dann durchzuführen, wenn die Mehrheit der kurländischen Bevölkerung von der Entscheidung ausgeschlossen würde. Das demokratische Kurland will eine solche Entscheidung als Entscheidung des kurländischen Volkes nicht gelten lassen. Aus Achtung vor der Entscheidung einer privilegierten Herrenklasse will es die Provinz mit zwei Häfen nicht preisgeben. Außerdem will die gegenwärtige russische Regierung gerade die Letten nicht fallen lassen, deren Schützenbataillone den Bolschewiki zum Siege über Kerenski verholfen haben.

Für denjenigen, der sowohl die Geschichte Kurlands kennt wie auch die russischen Revolutionsströmungen verfolgt hat, ist es daher sinnfällig, daß eine Verständigung mit Rußland nur dann noch möglich sein kann, wenn die deutsche Regierung ihr Versprechen voll erfüllt und die kurländische Frage durch „ein Volksvotum auf breiter Grundlage“ entscheiden läßt.

Andere Schwierigkeiten bietet die litauische Frage. In Litauen sind die Großgrundbesitzer Polen, die Bauern teils Litauer, teils Weirussen; in der städtischen Bevölkerung überwiegen die Juden. Ein selbständiges Litauen wäre ein Nationalitätenstaat, den wir regieren kein

Vergnügen wäre. Die Polen streben natürlich nach der Vereinigung mit dem polnischen Staate; die Zugehörigkeit zu Rußland werden die polnischen Großgrundbesitzer nicht wünschen, da dies ja die Konfiskation ihres Bodens bedeuten würde. Unter den Litauern gibt es eine nationale Bewegung, die nach der Selbständigkeit des Landes strebt. Wie stark sie ist und inwieweit sie die Angliederung an Deutschland einer Föderation mit Rußland vorzieht, darüber ist wenig bekannt geworden.

Aber die Mehrheit der Bevölkerung bilden nicht die Litauer und nicht die Polen, sondern die Weirussen. Die weirussische Sprache ist der großrussischen sehr nahe verwandt. Zum Nationalbewußtsein ist die Masse des weirussischen Bauernvolkes noch nicht erwacht. Die weirussischen Bauern fühlen sich durch ihre Sprache zu den Großrussen, durch ihre Religion zu den Polen gezogen. Ihr Klasseninteresse aber lockt sie heute zu Rußland. Die Zugehörigkeit zu Rußland bedeutet ja auch hier die Enteignung des fremden Gutsherrn zugunsten des weirussischen Bauern!

Unter solchen Umständen scheint in Litauen das Ergebnis eines „Volksvotums auf breiter Grundlage“ sehr zweifelhaft. Aber was keine politische Zirkel beschließen, kann für die Willensäußerung der Bevölkerung Litauens nicht ausgegeben werden.

Wollen also die Mittelmächte halten, was sie versprochen haben, wollen sie wirklich kein Land gewaltsam annektieren, sondern den umstrittenen Ländern ihr Selbstbestimmungsrecht gewähren, dann müssen sie auch dem Volke Litauens erst die Möglichkeit schaffen, selbst zu sagen, was es will! Nur wenn das Volk Litauens selbst seine Trennung von Rußland beschließt, wird die russische Regierung die Losreißung der stammverwandten Weirussen vom russischen Staatskörper anerkennen können und müssen.

Es ist nötig, gegenüber den verwirrenden und vertuschenden nationalen Darlegungen der deutschen Erobererpreise diese geschichtlichen Feststellungen und augenblicklichen Strömungen unter sozialen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten klar zu treffen und bestimmt zu zeichnen. Dann erst erkennt man, was es mit der vielgerühmten „Befreiung der Deutschen“ in den baltischen Ländern auf sich hat.

Das arbeitende, leidende und entbehrende deutsche Volk, das Ungehörtes in diesem Kriege geleistet hat, ist nicht gewillt, sich von den baltischen Baronen und ihren inländischen Beschützern das Friedenswerk mit Rußland in Scherben schlagen zu lassen.

## Die Friedensverhandlungen.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt unter der Überschrift „Ruhige Sicherheit“ u. a.: „Der Zwischenfall von Brest-Litowsk, der in den Morgenblättern vom Sonnabend zum Teil schon abnorme und greifbarste Formen anzunehmen begann, ist durch die knappe, aber inhaltsvolle Erklärung, die der Unterstaatssekretär Freiherr von dem Busche im Auftrage des Reichskanzlers im Hauptauschuß abgegeben hat, auf sein richtiges Maß zurückgeführt worden. Die Verhandlungen sind mitnichten abgebrochen, sie waren nicht einmal zeitweise ganz ausgeföhrt. Was vorliegt, sind einige Wünsche der Russen, die wider alle Formen und Gebräuche vorgebracht wurden, deren Erfüllung dann prompt von unseren Vertretern abgelehnt wurde und die jetzt ordnungsgemäß, aber mit demselben Endergebnis besprochen werden dürften. Was dann weiter geschehen wird, entzieht sich jeder Voraussicht. Es wäre also wieder einmal besser gewesen, keinen Sturm im Wasserglase zu erzeugen, nicht gleich die Vorgänge in den greifbarsten Rahmen zu kleiden, sondern dessen eingedenk zu sein, daß eine Friedensverhandlung nach einem dreieinhalbjährigen Kriege nicht in den Formen eines Kaffeeklatsches sich abspielen kann, und daß diesem ersten Zwischenfälle manche andere folgen werden. Wenn man gewissen Zeitungen glauben wollte, dann wäre der Freitag mit der Erklärung des Reichskanzlers der große Tag der politischen Reinigung gewesen, dann wäre an diesem Tage der chirurgische Schnitt gemacht worden, der unserer Politik wieder die Gesundheit gebracht, der unsere Friedensunterhändler auf den rechten Weg gebracht hätte. Davon kann natürlich keine Rede sein. Unsere Vertreter sind von Berlin abgereist, ausgerüstet mit dem Vertrauen, dessen sie sich in der Weihnachtspause versichert hatten; sie waren und sind willens, den Weg, der im Dezember schon zu nennenswerten Stationen geführt hat, im neuen Jahre weiterzugehen, möglichst bis zum Ziele. Nicht sie waren es, die eine Störung verursachten, sondern die russischen Delegierten; und wenn schon irgendwo eine Schwärzung festgestellt werden könnte, dann müßte man sie drüben suchen, wo die bolschewistische Regierung irgendeiner Regung oder Strömung nachgegeben hat. Vielleicht haben sie unter einer inneren Zwangsvorstellung den Versuch machen zu müssen geglaubt, ihrer Ideologie zum vollen Siege zu verhelfen; vielleicht sind sie aber auch den Westmächten ins Gark gegangen. Für die erste Möglichkeit spricht vor allem die schnelle Bereitwilligkeit, nach Brest-Litowsk zu kommen, als der entschiedene Widerpruch die verhängenen Hoffnungen gleich löschend. Die zweite Möglichkeit ist auch heute noch nicht aus dem Auge zu lassen, da Litauen alle Mienen hat springen lassen, um den zarten

Friedensbaum zu verschütten. Verhängnisvoll wäre das nur für Rußland, dessen zweite Revolution dann wohl das Schicksal der ersten finden würde. All das können wir ruhig sich entwickeln lassen. Unsere Heere stehen auf der Wacht; und daß auch die Politik den richtigen Kurs tenert, ist in den letzten Monaten immer deutlicher geworden. Wenn heute der russischen Regierung gesagt wird: Bis hierhin und nicht weiter! und wir ihr bedeuten, daß wir auch ein Mindestprogramm und Mindestkriegsziel haben, dann geben wir damit nicht irgendwelchen Machtgelüsten Oberhand; nein, wir besinnen uns nur, daß wir zumindest in diesem Handel nicht die Schwächeren sind, die zu allem Ja und Amen sagen müssen. Wir erinnern uns in diesem Augenblicke auch einmal, wie der Reichskanzler sich ausdrückte, unserer Machtstellung. Aber wir pochen nicht nur auf unser Schwert und auf unsere Macht, sondern betonen gleichzeitig unsere Sozialistische Gesinnung, die wir den Russen auch heute noch und jeder Zeit beweisen wollen, und unser gutes Recht, das uns in dieser Stunde den glücklichen Gleichmut gibt, abzuwarten, ob die Russen bei Besinnung bleiben oder abgleiten. So ja! wie bisher, wollen wir weiter verhandeln, wenn die Bolschewiki zu den Tatsachen zurückfinden, die zum Frieden führen; kühl werden wir unserer Stärke vertrauen, wenn die russischen Vertreter in irgendeiner Weise den Anschluß an die unsere Vernichtung bezweckenden Pläne der Westmächte erstreben.“

### Trotsky in Brest-Litowsk.

Gestern vormittag ist Trotsky an der Spitze der russischen Friedensdelegation in Brest-Litowsk eingetroffen. Die Bolschewiki versammelungen dürften gestern bereits wieder aufgenommen sein.

Nach Meldungen aus Petersburg dürften die Bolschewiki nicht darauf bestehen, daß Stockholm als Verhandlungsort gewählt wird; sie sind auch mit einer anderen neutralen Stadt wie Kopenhagen oder dem Haag zufrieden.

### Die Erklärungen in Brest-Litowsk.

Berlin, 7. Januar. Zu den in der Presse fortbauenden Erörterungen über die angebliche Unvollständigkeit der deutschen Mitteilungen über den Verlauf der Verhandlungen in Brest-Litowsk am 28. Dezember (die Sitzung fand tatsächlich am 27. Dezember abends statt) erfährt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ von zuständiger Seite folgendes:

Der von der Petersburger Telegraphen-Agentur gemeldete Widerpruch der russischen Delegation erfolgte in Brest-Litowsk nicht. Das russische Telegraphenbureau gab den Wortlaut der Erklärung wieder. Im Anschluß an die dort veröffentlichte Antwort Joffes auf die deutschen Gegenanschläge stellte der deutsche Delegierte nur noch ausdrücklich fest, daß über den letzten, von Joffe erwähnten Punkt, nämlich die Notwendigkeit einer Kommissionsberatung, zwischen den Delegationen Einverständnis besteht. Hierauf wurde russischerseits nichts mehr geäußert.

Petersburg, 5. Januar. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Auf das an die deutsche Delegation gefundene Telegramm, in dem der Vorschlag gemacht wurde, die Verhandlungen nach Stockholm zu verlegen, erwiderte die russische Delegation eine Depesche der deutschen, in der diese ihre Ankunft in Brest-Litowsk mitteilt. Auf dieses Telegramm antwortete die russische Delegation folgendes:

Die Verlegung der Verhandlungen nach einem neutralen Lande entspricht dem erreichten Stande der Verhandlungen. Ungefährs der Ankunft Ihrer Delegation in Brest-Litowsk reist unsere Delegation zusammen mit dem Bolschewik auftragtragten für Auswärtige Angelegenheiten, Trotsky, morgen in der Zuerst nach Brest-Litowsk, daß die Verlegung der Verhandlungen nach einem neutralen Lande keine Komplikationen in den Verhandlungen bewirken wird.

Russische Delegation.

### Eine Note Trotskys an die Türkei.

Wie die Neue Korrespondenz aus Petersburg meldet, verlautet, daß Trotsky am Donnerstag der Note eine Note übermittelte, in der er vorschlägt, über die Zurückziehung der russischen Truppen aus Persien Verhandlungen anzuknüpfen, unter der Bedingung, daß dies Beispiel auch von der Türkei befolgt werde.

### Die französische Presse über Brest-Litowsk.

Die französische Presse veröffentlichte lange Telegramme über den Verlauf der Unterhandlungen in Brest-Litowsk sowie Äußerungen Trotskys und Kamenevs, welche die Bedingungen der Mittelmächte bezüglich Polens, Kurlands und Litauens als unannehmbar bezeichnen. Die Blätter geben auch einen Artikel der „Iswestija“ wieder, nach dem die Regierungen der Mittelmächte, obwohl die Unterhandlungen erst acht Tage dauerten, bereits die Maske abgeworfen hätten. Die „Presse“ schreibt, die letzten Nachrichten liegen zwar auf eine Zuspitzung der Friedensverhandlungen schließen, doch dürfte man trotz der Schwierigkeit noch nicht auf ein Scheitern der Verhandlungen schließen. Der „Matin“ glaubt aus den letzten überraschenden Nachrichten schließen zu können, daß die Verhandlungen sehr schwierig verlaufen. Der Konflikt bezüglich Polens, Litauens und Kurlands sei bei den letzten Verhandlungen aufgetreten, aber die Bolschewiki hätten die Antwort auf die deutschen Friedensvorschläge nicht veröffentlicht, in der Erwartung, in der

Zwischenzeit hinter den Kulissen eine Einigung zu erzielen. Da dies nicht geschehen sei, müßten Lenin und Trotzky jetzt eine aggressive, oppositionelle Stellung gegenüber der deutschen Unnachgiebigkeit einnehmen. Der „Petit Parisien“ schreibt, Graf Herling habe nicht recht, wenn er im Hauptansatz des Reichstages gesagt habe, die Lage sei nicht klar. Im Gegenteil, man müsse sich dazu beglückwünschen, daß die Lage sich kläre, wenn man auch mit Vorauslagen zurückhalten müsse. Der „Temps“ stellt an der Hand des ersten Vortrags über die Sitzungen des Hauptauschusses besonders die Diskretion fest, mit der die Nachrichten über die Sitzung von der deutschen Presse verbreitet werden.

## Gefangenensfragen im Hauptauschuss des Reichstages.

Der Hauptauschuss des Reichstages wandte sich am Sonntag nach der Erörterung des Zwischenfalls in Drost-Ditowitz der Frage des Gefangenenaustausches zu. Als erster Redner trat

Erzberger (Zentr.), wie groß die Zahl der Zivilgefangenen sei, und wie es mit dem Korrespondenz-Abkommen steht. Diese Gefangenen loszubekommen, müßte der erste Erfolg der deutschen Kommission in Petersburg sein. Der Redner fragt nach den Zahlen der Kriegsgefangenen auf beiden Seiten und nach der Lage der Gefangenen in den Gefangenenslagern. In der Zeit des Austausches, die nicht kurz ist, müssen die Fürsorgemaßnahmen getroffen werden durch Fürsorgekommissionen, die in den Konzentrationslagern wisten und sich der Gefangenen annehmen. Amerika hat in dieser Hinsicht seine Verpflichtungen schamlos verletzt, deshalb müssen deutsche oder deutsch-russische Kommissionen mit reichen Mitteln, vorerst um helfend eintreten. Keine Hilfe tut in dieser Linie not.

Hing zu Schöndach-Czokolath (Radl.) schließt sich diesen Anregungen an. Hoffentlich sei schon jetzt eine erhebliche Besserung des Loos unserer in Rußland gefangenen Landsleute eingetreten. Früher war der Besuch der Konzentrationslager schwerer oder unmöglich. Hoffentlich haben unsere Liebesgaben ihr Ziel erreicht. Die Angaben über die Zahl der Zivilgefangenen sind sehr schwach. Der Auswurf der Mittelschichten kann nur allmählich vor sich gehen. Der Redner dankt der Schweiz für ihre vorbildliche menschenfreundliche Tätigkeit.

Kreth (R.): Amerika hat seine Gesandtschaft auch auf diesem Gebiete herabsetzen. Unser Wirtschaftsleben wird durch den Austausch der Gefangenen stark in Mitleidenhaft gezogen, insbesondere die Landwirtschaft.

General Friedlich vom Kriegsministerium begrüßt die Gelegenheit zur Ausdrucks. Wir haben es für eine nationale Angelegenheit, die Frage der Zivilgefangenen zu lösen; deshalb haben wir uns entschlossen, Willkürgefangene gegen Zivilgefangene austauschen. Die Verhandlungen waren schwierig, weil die russischen Forderungen sehr weit gingen. Endlich sind 1000 russische Offiziere gegen 1000 deutscher Offiziere und 10000 russische Soldaten gegen 10000 deutsche Soldaten und 10000 russische Zivilgefangene gegen 10000 deutsche Zivilgefangene ausgetauscht worden. Es ist zu erwarten, daß die Zahl der Zivilgefangenen sich noch erhöhen wird. Die Zahl der Zivilgefangenen ist sehr groß, und es ist zu erwarten, daß die Zahl der Zivilgefangenen sich noch erhöhen wird. Die Zahl der Zivilgefangenen ist sehr groß, und es ist zu erwarten, daß die Zahl der Zivilgefangenen sich noch erhöhen wird.

Koste (S.): General und Verpflegungsmittel sind in Deutschland. Aus Frankreich kommen wieder Klagen über unzureichende Behandlung der Kriegsgefangenen. Hier wäre einmal Abgrenzung. Unter der neuen Verordnung in Beziehung zu Rußland einzuwirken. Beim Austausch sollte man diejenigen herausheben, deren Familien schweres Kriegsgeld gekostet haben. Unter Berücksichtigung würde durch Herausgabe der Gefangenen nicht zu erwarten werden, wie man sich denken kann. Sollten die Gefangenen mit Familien zum guten Ende kommen, so ist das die Hauptaufgabe der deutschen Regierung. Man sollte sich nicht auf den Kopf der Gefangenen stellen, sondern alles schaffen, um ihre geistige, körperliche und wirtschaftliche Hebung zu fördern. Übermäßige Maßnahmen, die nur wieder eine Belastung bedeuten, sollten vermieden werden. Man sollte sich nicht auf den Kopf der Gefangenen stellen, sondern alles schaffen, um ihre geistige, körperliche und wirtschaftliche Hebung zu fördern.

Dr. Schöndach (S.): Es ist nicht richtig, wenn man der Regierung vorgeworfen wird, daß die Zahl der Zivilgefangenen zu hoch sei. Die Zahl der Zivilgefangenen ist sehr groß, und es ist zu erwarten, daß die Zahl der Zivilgefangenen sich noch erhöhen wird.

Dr. Schöndach (S.): Die Zahl der Zivilgefangenen ist sehr groß, und es ist zu erwarten, daß die Zahl der Zivilgefangenen sich noch erhöhen wird. Die Zahl der Zivilgefangenen ist sehr groß, und es ist zu erwarten, daß die Zahl der Zivilgefangenen sich noch erhöhen wird.

General Friedlich (S.): Die Zahl der Zivilgefangenen ist sehr groß, und es ist zu erwarten, daß die Zahl der Zivilgefangenen sich noch erhöhen wird. Die Zahl der Zivilgefangenen ist sehr groß, und es ist zu erwarten, daß die Zahl der Zivilgefangenen sich noch erhöhen wird.

General Friedlich (S.): Die Zahl der Zivilgefangenen ist sehr groß, und es ist zu erwarten, daß die Zahl der Zivilgefangenen sich noch erhöhen wird. Die Zahl der Zivilgefangenen ist sehr groß, und es ist zu erwarten, daß die Zahl der Zivilgefangenen sich noch erhöhen wird.

General Friedlich (S.): Die Zahl der Zivilgefangenen ist sehr groß, und es ist zu erwarten, daß die Zahl der Zivilgefangenen sich noch erhöhen wird. Die Zahl der Zivilgefangenen ist sehr groß, und es ist zu erwarten, daß die Zahl der Zivilgefangenen sich noch erhöhen wird.

General Friedlich (S.): Die Zahl der Zivilgefangenen ist sehr groß, und es ist zu erwarten, daß die Zahl der Zivilgefangenen sich noch erhöhen wird. Die Zahl der Zivilgefangenen ist sehr groß, und es ist zu erwarten, daß die Zahl der Zivilgefangenen sich noch erhöhen wird.

General Friedlich (S.): Die Zahl der Zivilgefangenen ist sehr groß, und es ist zu erwarten, daß die Zahl der Zivilgefangenen sich noch erhöhen wird. Die Zahl der Zivilgefangenen ist sehr groß, und es ist zu erwarten, daß die Zahl der Zivilgefangenen sich noch erhöhen wird.

General Friedlich (S.): Die Zahl der Zivilgefangenen ist sehr groß, und es ist zu erwarten, daß die Zahl der Zivilgefangenen sich noch erhöhen wird. Die Zahl der Zivilgefangenen ist sehr groß, und es ist zu erwarten, daß die Zahl der Zivilgefangenen sich noch erhöhen wird.

General Friedlich (S.): Die Zahl der Zivilgefangenen ist sehr groß, und es ist zu erwarten, daß die Zahl der Zivilgefangenen sich noch erhöhen wird. Die Zahl der Zivilgefangenen ist sehr groß, und es ist zu erwarten, daß die Zahl der Zivilgefangenen sich noch erhöhen wird.

## Frankreich und Belgien.

### Trotzkis Appell an die französischen Sozialisten.

Die „Berite“ veröffentlicht Trotzki's Antwort an die französischen Sozialisten. Die wichtigsten Stellen sind die folgenden: „Die bisherigen Kriegserfahrungen haben gelehrt, daß der Krieg nicht durch Waffenabgabe sein Ende finden kann. Wie oft hat man dem französischen Volke den entscheidenden Sieg versprochen? Jedesmal waren seine Hoffnungen zerfallen. Wir sind also auf militärischem Gebiete heute einer Lösung so fern wie nach den ersten Kriegserfahrungen. Dem französischen Sozialismus fällt ein Teil der Verantwortung dafür zu, daß der Krieg noch nicht sein Ende gefunden hat. Die französischen Sozialisten müssen die Verantwortung für die Entgegnungen der Regierung übernehmen. Man verweigerte ihnen jede präzisere Antwort auf die Kriegsziele der Entente und verleitete ihnen den Weg zu der geplanten internationalen Konferenz. Das Vorgehen der französischen Sozialisten ist durchaus im Widerspruch mit sozialistischen Grundsätzen. Nach allen Demütigungen, denen sich der französische Sozialismus ausgesetzt hat, hat er das Recht, dem russischen Sozialismus zu beurteilen. In uns hat es wahrhaftig nicht gefehlt, den allgemeinen Frieden vorzubereiten, keineswegs einen Frieden um jeden Preis. Unsere Vorbereitungen beruhen auf demokratischen Grundsätzen, denen die Sozialisten aller Länder näherzutreten konnten. Was ist daraus in Paris geworden? Man hat uns mit der Ernennung des Ministeriums Clemenceau beantwortet, einer Regierung des blindesten Chauvinismus und der Reaktion auf sozialem Gebiete. Clemenceaus Weg ist nicht der des Friedens, er führt das französische Volk zu seinem Untergang. Diese Erkenntnis wird doch endlich im französischen Proletariat dämmern. Es wird von seiner Regierung die Teilnahme an den Friedensverhandlungen verlangen. Erste Voraussetzung hierfür muß die Bekanntheit der französischen Bedingungen sein. Die Verhandlungen sind offen. Der russische Volksrat wird die Interessen und Grundsätze des internationalen Sozialismus verteidigen.“

### Die französische Presse zur Rede Lord Georges.

Aus Paris wird gemeldet: Die französischen Blätter lassen die Rede Lord Georges als einen wichtigen, bedeutungsvollen und zur richtigen Zeit unternommenen diplomatischen Gegenangriff auf und für die Meinung, daß darin die Friedensbedingungen Englands vollständig und richtig zum Ausdruck kommen. Man erwartet voll Spannung die Antwort der Ministerpräsidenten und Lord Georges Worte bezüglich des Eintrages in die Blätter wiederholen, daß die Stabilität eines künftigen Friedens von der Lösung großer moralischer Probleme abhängt. „L'homme libre“ schreibt: „Die Beendigung des Krieges wird niemals gerechtfertigt sein, wenn diese Beendigung keine Wiederherstellung begangenen Unrechts bringt.“

### Ein französischer Sozialistenkongress.

Soll demnach nach der „Humanité“ einberufen werden. Derselbe soll sich mit der Beschäftigung über die durch Rußlands Einleitung neu geschaffene Lage beschäftigen.

### Albert Thomas

Der Redner hat eine Haves-Werbung nach London gegeben, um sich mit dem Aussehen der Arbeiterpartei über die Einberufung einer Konferenz der Sozialisten oder eines internationalen Sozialistenkongresses zu besprechen.

## Rußland.

### Die neuen russischen Gesandten in Genf und London.

(Mitteilung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Im Namen des Kaisers der Kaiserin, Soldaten und Bauern-Vereniger, Herr Kommissar ist vollständig zum Bevollmächtigten des Kaiserthums für Auswärtige Angelegenheiten in Genf ernannt worden. Als Beamten der Gesandtschaft sind ernannt worden: Herr Kommissar der russischen Gesandtschaft in Genf und alle Verwaltungsbeamten der russischen Gesandtschaft in Genf. Die Gesandtschaft in der Schweiz in den nächsten Tagen abzuholen, werden angeordnet, auf das erste Verlangen des Kaisers Kommissar ihm die laufenden Geschäfte zu übergeben und die Geschäfte, welche die für die Verwaltung des Kaiserthums der russischen Gesandtschaft zur Verfügung stehen, zu übernehmen. Jeder Widerstand gegen die Befehle Kommissars in dem angegebenen Sinne ist einem Staatsverbrechen gleichbedeutend.

Der Kaiser Kommissar ist vollständig zum Bevollmächtigten des Kaiserthums für Auswärtige Angelegenheiten in London ernannt worden. Als Beamten der Gesandtschaft sind ernannt worden: Herr Kommissar der russischen Gesandtschaft in London und alle Verwaltungsbeamten der russischen Gesandtschaft in London. Die Gesandtschaft in London in den nächsten Tagen abzuholen, werden angeordnet, auf das erste Verlangen des Kaisers Kommissar ihm die laufenden Geschäfte zu übergeben und die Geschäfte, welche die für die Verwaltung des Kaiserthums der russischen Gesandtschaft zur Verfügung stehen, zu übernehmen. Jeder Widerstand gegen die Befehle Kommissars in dem angegebenen Sinne ist einem Staatsverbrechen gleichbedeutend.

Der Kaiser Kommissar ist vollständig zum Bevollmächtigten des Kaiserthums für Auswärtige Angelegenheiten in London ernannt worden. Als Beamten der Gesandtschaft sind ernannt worden: Herr Kommissar der russischen Gesandtschaft in London und alle Verwaltungsbeamten der russischen Gesandtschaft in London. Die Gesandtschaft in London in den nächsten Tagen abzuholen, werden angeordnet, auf das erste Verlangen des Kaisers Kommissar ihm die laufenden Geschäfte zu übergeben und die Geschäfte, welche die für die Verwaltung des Kaiserthums der russischen Gesandtschaft zur Verfügung stehen, zu übernehmen. Jeder Widerstand gegen die Befehle Kommissars in dem angegebenen Sinne ist einem Staatsverbrechen gleichbedeutend.

Der Kaiser Kommissar ist vollständig zum Bevollmächtigten des Kaiserthums für Auswärtige Angelegenheiten in London ernannt worden. Als Beamten der Gesandtschaft sind ernannt worden: Herr Kommissar der russischen Gesandtschaft in London und alle Verwaltungsbeamten der russischen Gesandtschaft in London. Die Gesandtschaft in London in den nächsten Tagen abzuholen, werden angeordnet, auf das erste Verlangen des Kaisers Kommissar ihm die laufenden Geschäfte zu übergeben und die Geschäfte, welche die für die Verwaltung des Kaiserthums der russischen Gesandtschaft zur Verfügung stehen, zu übernehmen. Jeder Widerstand gegen die Befehle Kommissars in dem angegebenen Sinne ist einem Staatsverbrechen gleichbedeutend.

Der Kaiser Kommissar ist vollständig zum Bevollmächtigten des Kaiserthums für Auswärtige Angelegenheiten in London ernannt worden. Als Beamten der Gesandtschaft sind ernannt worden: Herr Kommissar der russischen Gesandtschaft in London und alle Verwaltungsbeamten der russischen Gesandtschaft in London. Die Gesandtschaft in London in den nächsten Tagen abzuholen, werden angeordnet, auf das erste Verlangen des Kaisers Kommissar ihm die laufenden Geschäfte zu übergeben und die Geschäfte, welche die für die Verwaltung des Kaiserthums der russischen Gesandtschaft zur Verfügung stehen, zu übernehmen. Jeder Widerstand gegen die Befehle Kommissars in dem angegebenen Sinne ist einem Staatsverbrechen gleichbedeutend.

Der Kaiser Kommissar ist vollständig zum Bevollmächtigten des Kaiserthums für Auswärtige Angelegenheiten in London ernannt worden. Als Beamten der Gesandtschaft sind ernannt worden: Herr Kommissar der russischen Gesandtschaft in London und alle Verwaltungsbeamten der russischen Gesandtschaft in London. Die Gesandtschaft in London in den nächsten Tagen abzuholen, werden angeordnet, auf das erste Verlangen des Kaisers Kommissar ihm die laufenden Geschäfte zu übergeben und die Geschäfte, welche die für die Verwaltung des Kaiserthums der russischen Gesandtschaft zur Verfügung stehen, zu übernehmen. Jeder Widerstand gegen die Befehle Kommissars in dem angegebenen Sinne ist einem Staatsverbrechen gleichbedeutend.

Der Kaiser Kommissar ist vollständig zum Bevollmächtigten des Kaiserthums für Auswärtige Angelegenheiten in London ernannt worden. Als Beamten der Gesandtschaft sind ernannt worden: Herr Kommissar der russischen Gesandtschaft in London und alle Verwaltungsbeamten der russischen Gesandtschaft in London. Die Gesandtschaft in London in den nächsten Tagen abzuholen, werden angeordnet, auf das erste Verlangen des Kaisers Kommissar ihm die laufenden Geschäfte zu übergeben und die Geschäfte, welche die für die Verwaltung des Kaiserthums der russischen Gesandtschaft zur Verfügung stehen, zu übernehmen. Jeder Widerstand gegen die Befehle Kommissars in dem angegebenen Sinne ist einem Staatsverbrechen gleichbedeutend.

Der Kaiser Kommissar ist vollständig zum Bevollmächtigten des Kaiserthums für Auswärtige Angelegenheiten in London ernannt worden. Als Beamten der Gesandtschaft sind ernannt worden: Herr Kommissar der russischen Gesandtschaft in London und alle Verwaltungsbeamten der russischen Gesandtschaft in London. Die Gesandtschaft in London in den nächsten Tagen abzuholen, werden angeordnet, auf das erste Verlangen des Kaisers Kommissar ihm die laufenden Geschäfte zu übergeben und die Geschäfte, welche die für die Verwaltung des Kaiserthums der russischen Gesandtschaft zur Verfügung stehen, zu übernehmen. Jeder Widerstand gegen die Befehle Kommissars in dem angegebenen Sinne ist einem Staatsverbrechen gleichbedeutend.

Der Kaiser Kommissar ist vollständig zum Bevollmächtigten des Kaiserthums für Auswärtige Angelegenheiten in London ernannt worden. Als Beamten der Gesandtschaft sind ernannt worden: Herr Kommissar der russischen Gesandtschaft in London und alle Verwaltungsbeamten der russischen Gesandtschaft in London. Die Gesandtschaft in London in den nächsten Tagen abzuholen, werden angeordnet, auf das erste Verlangen des Kaisers Kommissar ihm die laufenden Geschäfte zu übergeben und die Geschäfte, welche die für die Verwaltung des Kaiserthums der russischen Gesandtschaft zur Verfügung stehen, zu übernehmen. Jeder Widerstand gegen die Befehle Kommissars in dem angegebenen Sinne ist einem Staatsverbrechen gleichbedeutend.

Der Kaiser Kommissar ist vollständig zum Bevollmächtigten des Kaiserthums für Auswärtige Angelegenheiten in London ernannt worden. Als Beamten der Gesandtschaft sind ernannt worden: Herr Kommissar der russischen Gesandtschaft in London und alle Verwaltungsbeamten der russischen Gesandtschaft in London. Die Gesandtschaft in London in den nächsten Tagen abzuholen, werden angeordnet, auf das erste Verlangen des Kaisers Kommissar ihm die laufenden Geschäfte zu übergeben und die Geschäfte, welche die für die Verwaltung des Kaiserthums der russischen Gesandtschaft zur Verfügung stehen, zu übernehmen. Jeder Widerstand gegen die Befehle Kommissars in dem angegebenen Sinne ist einem Staatsverbrechen gleichbedeutend.

Der Kaiser Kommissar ist vollständig zum Bevollmächtigten des Kaiserthums für Auswärtige Angelegenheiten in London ernannt worden. Als Beamten der Gesandtschaft sind ernannt worden: Herr Kommissar der russischen Gesandtschaft in London und alle Verwaltungsbeamten der russischen Gesandtschaft in London. Die Gesandtschaft in London in den nächsten Tagen abzuholen, werden angeordnet, auf das erste Verlangen des Kaisers Kommissar ihm die laufenden Geschäfte zu übergeben und die Geschäfte, welche die für die Verwaltung des Kaiserthums der russischen Gesandtschaft zur Verfügung stehen, zu übernehmen. Jeder Widerstand gegen die Befehle Kommissars in dem angegebenen Sinne ist einem Staatsverbrechen gleichbedeutend.

Der Kaiser Kommissar ist vollständig zum Bevollmächtigten des Kaiserthums für Auswärtige Angelegenheiten in London ernannt worden. Als Beamten der Gesandtschaft sind ernannt worden: Herr Kommissar der russischen Gesandtschaft in London und alle Verwaltungsbeamten der russischen Gesandtschaft in London. Die Gesandtschaft in London in den nächsten Tagen abzuholen, werden angeordnet, auf das erste Verlangen des Kaisers Kommissar ihm die laufenden Geschäfte zu übergeben und die Geschäfte, welche die für die Verwaltung des Kaiserthums der russischen Gesandtschaft zur Verfügung stehen, zu übernehmen. Jeder Widerstand gegen die Befehle Kommissars in dem angegebenen Sinne ist einem Staatsverbrechen gleichbedeutend.

Der Kaiser Kommissar ist vollständig zum Bevollmächtigten des Kaiserthums für Auswärtige Angelegenheiten in London ernannt worden. Als Beamten der Gesandtschaft sind ernannt worden: Herr Kommissar der russischen Gesandtschaft in London und alle Verwaltungsbeamten der russischen Gesandtschaft in London. Die Gesandtschaft in London in den nächsten Tagen abzuholen, werden angeordnet, auf das erste Verlangen des Kaisers Kommissar ihm die laufenden Geschäfte zu übergeben und die Geschäfte, welche die für die Verwaltung des Kaiserthums der russischen Gesandtschaft zur Verfügung stehen, zu übernehmen. Jeder Widerstand gegen die Befehle Kommissars in dem angegebenen Sinne ist einem Staatsverbrechen gleichbedeutend.

## Waffenstillstand zwischen Bolschewiki und Ukrainern.

In Podolien ist zwischen den Maximilianen und Ukrainern ein fünfjähriger Waffenstillstand geschlossen worden.

## Die Arbeiter- und Soldatenräte der rumänischen Front für Übernahme der Gewalt.

(Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) In Odessa wurde die Konferenz der Arbeiter- und Soldatenräte der rumänischen Front eröffnet. Sie nahm folgende Entschlüsse an: Die Verammlung der Vertreter der gesamten rumänischen Front erkennt nicht das Hauptquartier Icherbatdems an und stellt fest, daß die ukrainischen Kommissare, die die Gewalt in Händen haben, von Rumänen unterstützt werden, die den russischen revolutionären Truppen feindlich gesinnt sind. Die Verammlung hält eine solche Lage für die russische Revolution gefährlich. Die Verammlung befehlt allen Heeresauschüssen, bis zur Erreichung anderer Maßnahmen die Gewalt zu übernehmen und die rumänische Front von Gegenrevolutionären zu säubern, die die revolutionäre rumänische Front verderben. Als Protest gegen diese Entschlüsse reisten 80 Ukrainer, die zur Rada hatten, ab. 220 sind Bolschewiki oder Revolutionäre der Linken. Die Entschlüsse wurden mit 800 gegen 240 Stimmen angenommen. Die Armenen an der rumänischen Front sind mit ihrem ersten Ausschuss vollkommen auf Seiten der Sowjets.

## Der Balkanrieg.

### Die Arbeiter- und Soldatenräte der rumänischen Front für Übernahme der Gewalt.

(Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) In Odessa wurde die Konferenz der Arbeiter- und Soldatenräte der rumänischen Front eröffnet. Sie nahm folgende Entschlüsse an: Die Verammlung der Vertreter der gesamten rumänischen Front erkennt nicht das Hauptquartier Icherbatdems an und stellt fest, daß die ukrainischen Kommissare, die die Gewalt in Händen haben, von Rumänen unterstützt werden, die den russischen revolutionären Truppen feindlich gesinnt sind. Die Verammlung hält eine solche Lage für die russische Revolution gefährlich. Die Verammlung befehlt allen Heeresauschüssen, bis zur Erreichung anderer Maßnahmen die Gewalt zu übernehmen und die rumänische Front von Gegenrevolutionären zu säubern, die die revolutionäre rumänische Front verderben. Als Protest gegen diese Entschlüsse reisten 80 Ukrainer, die zur Rada hatten, ab. 220 sind Bolschewiki oder Revolutionäre der Linken. Die Entschlüsse wurden mit 800 gegen 240 Stimmen angenommen. Die Armenen an der rumänischen Front sind mit ihrem ersten Ausschuss vollkommen auf Seiten der Sowjets.

Die Verammlung der Vertreter der gesamten rumänischen Front erkennt nicht das Hauptquartier Icherbatdems an und stellt fest, daß die ukrainischen Kommissare, die die Gewalt in Händen haben, von Rumänen unterstützt werden, die den russischen revolutionären Truppen feindlich gesinnt sind. Die Verammlung hält eine solche Lage für die russische Revolution gefährlich. Die Verammlung befehlt allen Heeresauschüssen, bis zur Erreichung anderer Maßnahmen die Gewalt zu übernehmen und die rumänische Front von Gegenrevolutionären zu säubern, die die revolutionäre rumänische Front verderben. Als Protest gegen diese Entschlüsse reisten 80 Ukrainer, die zur Rada hatten, ab. 220 sind Bolschewiki oder Revolutionäre der Linken. Die Entschlüsse wurden mit 800 gegen 240 Stimmen angenommen. Die Armenen an der rumänischen Front sind mit ihrem ersten Ausschuss vollkommen auf Seiten der Sowjets.

Als Protest gegen diese Entschlüsse reisten 80 Ukrainer, die zur Rada hatten, ab. 220 sind Bolschewiki oder Revolutionäre der Linken. Die Entschlüsse wurden mit 800 gegen 240 Stimmen angenommen. Die Armenen an der rumänischen Front sind mit ihrem ersten Ausschuss vollkommen auf Seiten der Sowjets.

Die Entschlüsse wurden mit 800 gegen 240 Stimmen angenommen. Die Armenen an der rumänischen Front sind mit ihrem ersten Ausschuss vollkommen auf Seiten der Sowjets.

## Der Seefrieg.

### Die skandinavischen Schiffsverluste.

Laut Schiffsregister des Schwedischen Kommerzkollegiums verlor die schwedische Handelsflotte während des Jahres 1917 insgesamt 87 Schiffe, nämlich 45 Dampfer, 7 Motorfahrzeuge und 35 Segelschiffe. Davon stelen 80 einem Unglück zum Opfer oder wurden durch Kriegsmagnahmen zerstört.

„National Tidende“ meldet aus Kristiania: Das Handelsministerium teilt mit, daß die norwegische Handelsflotte 1917 durch Verletzungen oder Minenexplosionen 434 Schiffe mit insgesamt 627 000 Tonnen verlor.

## Allerlei Kriegsnaechrichten.

### Der Papiermangel der Budapester Zeitungen.

Der Papiermangel der Budapester Zeitungen ist derartig groß, daß nach einer Ankündigung der Blätter ihr Erscheinen nur noch für einen Tag gesichert ist.

## Ernährungsfragen.

### Das zusammengebrochene System Waldow.

Zur die Gemeinden fangen jetzt an, die rationierten Waren weit über den Höchstpreis zu verkaufen. In den Gemeinden des Amtes Brackel (Landkreis Dortmund) wurde letzte Woche Butter verkauft das Pfund zu 5,20 Mark. Es handelt sich hierbei nicht um Auslandsbutter, die ja gelegentlich überall zu höheren Preisen verkauft wurde, sondern die Herkunft der Butter ist aus der Molkerei Rothkirchen, die sich als die größte Molkerei Deutschlands bezeichnet. Es wäre daher interessant zu erfahren, wie diese ungeheuerliche Übersteigerung des Höchstpreises für Butter gerechtfertigt werden soll. — Für das Pfund Milch, sehr unzureichende Ware, erheblich mit Wasser vermischt, die in der Tat nur als Viehfutter gelten könnten, aber als Hülfsmittel für die Bevölkerung verkauft werden, müssen im Auktorenbüro und wohl auch anderwärts 1,20 Mark gezahlt werden; mit 20 Big. für das Pfund wären sie selbst jetzt zur Kriegszeit sehr gut bezahlt. Auch sonst sind schon Übersteigerungen der Höchstpreise vorgekommen; beispielsweise mußten Graupen das Pfund bis zu 14 Pfennig über den Höchstpreis gezahlt werden. Wie gesagt, es handelt sich um Waren, die rationiert und durch die Gemeinden zur Verteilung gebracht werden.

### Hamsternde Damen.

Wahrscheinlich Tauschungsmitel angewendet werden, um rationierte Lebensmittel für das Auge des Gesetzes unsichtbar zu machen. Darüber wird aus Biedenkopf berichtet: Damen aus dem Industriebezirk — schlau wie Zinnen — kommen mit dem Frühzuge dort an, begeben sich aufs Land, und wenn sie am Abend desselben Tages den letzten Zug nach Rheda benutzen, sehen sie geradezu feil aus, insbesondere hat sich meist ihre Wüste in der kurzen Zeit entwirrt. Der Umstand aber, daß diese „Eintagsbienen“ zwar immer „hochentwinkt“, aber selten ganz „labellos“ in die Erbsenbörse treten, drängt einem Volksgenossen Zweifel auf. Er läßt sich mit zwei dieser Damen in ein Gespräch über die gebrauchten Mittel ein, und da geschah es, daß die Damen abwechselnd rot und blaß wurden, in höchster Aufrührung ganz unheimliches Zeug redeten und sich in derartiger Widersprüche verwickelten, daß der Beamte sie kurzerhand jeztmahnen und östlichen ließ. Es heißt sich heraus, daß die eine Dame auf der Brust einen hübschen Fleck trug und ihre geradezu phänomenalen Waden aus zwei mit Schuuren versehenen Pantiflons mit Butter bestrichen. Die andere Dame trug eine kunstvoll gearbeitete Wüste, die sehr vorzüglich ausgezogen werden mußte, denn es befand sich ein Eier darin! Gerade für 50 Eier war die Wüste eingekauft, und war sie praktisch, daß die Eier eine Gefahr liefen zu zerbrechen. Aus derselben Gegend wird berichtet, daß durch einen Soldaten eine Frau, die ihren Namen und Wohnort nicht angeben wollte, jeztgenommen wurde, die unter ihrem Kleiderrock an Halsen kunstvoll angebracht, Spat, Wurst, Butter, usw., insgesamt etwa 70 Pfund, trug. Offenbar handelt es sich in diesem Falle um eine jener Personen, die das zusammengepackte Gut in Phantasiepreisen absetzt.

## Die Kriegslage.

### Die Heeresberichte.

Berlin, 2. Januar. (Sonderdruck.)

Der russische Generalstab hat im Reichsanzeiger nachfolgendes mitgeteilt:

Der russische Generalstab hat im Reichsanzeiger nachfolgendes mitgeteilt:

Der russische Generalstab hat im Reichsanzeiger nachfolgendes mitgeteilt:

Der russische Generalstab hat im Reichsanzeiger nachfolgendes mitgeteilt:

Der russische Generalstab hat im Reichsanzeiger nachfolgendes mitgeteilt:

Der russische Generalstab hat im Reichsanzeiger nachfolgendes mitgeteilt:

Der russische Generalstab hat im Reichsanzeiger nachfolgendes mitgeteilt:

# Für unsere Feldgrauen.

Die Gehühnreihe des Feldheeres.

Man unterscheidet zwischen mobilen und immobilen Gehältern und Löhnung. Im allgemeinen gelten als mobile Truppen die gegen den Feind verwendeten Truppenteile, sowie die Besatzungen belagerter oder vom Feind bedrohter Festungen, solange die Belagerung dauert. Unter diesen Umständen ist es möglich, daß Truppen, die in Feindesland stehen, im mobil, dagegen Truppen, die in der Heimat stehen, mobil sind. So war die Besatzung von Königsberg, als die Russen in Ostpreußen standen, mobil, dagegen deutsche Truppen, die zu Wachdiensten in Belgien verwendet wurden, immobil. Für die Truppen kommt dabei hauptsächlich der Unterschied in der haren Entschädigung in Frage, denn die anfangs recht reichliche Verpflegung der mobilen Truppen ist mittlerweile erheblich eingeschränkt worden.

Die Offiziersgehälter haben, mit Wirkung vom 1. Oktober 1916 ab, teilweise eine Reduktion erfahren, die sich aber nur auf die nach dem 30. September 1916 in ihre Dienststellen eingerückten Offiziere bezog. Von der Reduktion werden außerdem nicht erfasst die verheirateten Offiziere.

Es beziehen Regiments-Kommandeure bei mobilen Truppen monatlich 1125 Mk., Bataillions-Kommandeure als Oberlieutenants 900, als Majore 805 Mk., Hauptleute oder Rittmeister 510 Mk.; falls sie bereits am 30. September 1916 diesen Dienstgrad erreicht hatten, oder wenn sie verheiratet sind, 655 Mk., Oberleutenants und Leutenants 250 Mk. und wenn sie am 30. September 1916 schon Offiziere waren oder verheiratet sind, 310 Mk. Auch nicht verheiratete Leutenants erhalten diese höheren Bezüge, wenn sie den Unterhalt von Angehörigen ganz oder überwiegend bestreiten müssen.

Bei den Unteroffizieren ist zu unterscheiden zwischen Gehalts- und Löhnungsempfängern. Zu den ersteren gehören: Zeugfeldwebel mit einem mobilen Gehalt von 235 Mk. im Monat, Scharführer 225 Mk., Oberfeuerwerker 235 Mk., Feuerwerker 180 Mk., Stellungsbauaufseher 205 Mk., Oberwallmeister und Wallmeister 235 Mk., Luftschiff-Obersteuerleute und Luftschiff-Obermaschinenisten 205 Mk., Luftschiff-Steuerleute, Untersteuerleute, Maschinisten und Untermaschinenisten 140 Mk., Unterzahlmeister 205 Mk., Wachtmeister der Feldschonarmurie 320 Mk., Obergardarm 145 Mk., Obermusikmeister und Musikmeister 245 Mk., Gehaltsempfänger sind auch die Offizier-Stellvertreter mit monatlich 190 Mk. Gehalt. Die Offizier-Stellvertreter sind Unteroffiziere und sind, solange sie einen Offizier zu vertreten haben, Vorgesehene aller Unteroffiziere.

Löhnungsempfänger sind die Feldwebel mit einer Löhnung von monatlich 98 Mk., die Witz-Feldwebel mit 75 Mk., die Sergeanten, Oberfähnrichleute und Sanitätssergeanten mit 67,50 Mk., die Unteroffiziere, Fähnrichleute, Waffenmeister-Unteroffiziere, Regiments- und Bataillonstanten, Oberfähnricher und sonstigen Oberhauptwerke mit 48 Mk. Dann folgen die Gefreiten und Obergefreiten mit 24 Mk. und endlich die Gemeinen mit 21 Mk. monatlich.

Offiziere und gehaltsempfangende Unteroffiziere erhalten ein nach dem Rang abgeschlossenes Mobilmachungsgeld. Dieses beträgt für den Regimentskommandeur 900 Mk., für den Bataillonkommandeur 700 Mk., für den Hauptmann 500 Mk., Oberleutenants und Leutenants in der Stelle eines Kommandierers oder wenn sie beurlaubt sind, 500 Mk., andernfalls erhalten diese Chargen 250 Mk. Offizier-Stellvertreter erhalten 150 Mk., desgleichen Zugfeldwebel, Scharführer, Stellungsbauaufseher, Oberwallmeister, Wallmeister, Luftschiff-Steuerleute und Maschinisten, Oberfeuerwerker, Feuerwerker, Unterzahlmeister und Musikmeister erhalten je 200 Mk. Gehaltsempfänger, die im Frieden nicht verpflichtet sind, eine Uniform zu halten, sowie Mannschaften, die zu Offizieren befördert wurden, erhalten außerdem ein Einrückungsgeld von 300 Mk.

Nach § 27 der Kriegsverordnungsverordnung kommen für Besatzungen der Kriegsbefestigung alle Zulagen im Falle, soweit sie nicht ausdrücklich in der Kriegsbefestigungsverordnung vorgesehen sind. Die Armeekorpsbefehlshaber haben aber die Befugnis, für besondere anstrengende Tage außerordentliche Zulagen bis zur Höhe des Tagesbetrages des Gehalts bzw. der Löhnung, sofern dieselben aus Mitteln des heimischen Landes bestreiten werden können, zu bewilligen. Ueber diesen Zulagen ist es aber auch solche, die dauernd mit der Stelle verbunden sind, die Dienstzulagen. Die Feldwebel beziehen eine monatliche Zulage von monatlich 30 Mk., Oberfähnrichleute und Fähnrichleute erhalten nach neunjähriger Dienstzeit eine monatliche Zulage von 20 Mk., Waffenmeister-Unteroffiziere beziehen vom Tage der Ernennung ab einen festeren Betrag von drei bis fünf Jahren bestanden Löhnungszulage und zwar in der ersten Stufe 60 Mk., in der zweiten 65 Mk., in der dritten 70 Mk. monatlich. Die Wachtmeister beziehen eine Zulage von täglich 30 Pf., die aber bei Krankheit, Urlaub oder Anwesenheit im Wegfall kommt. Eine krankheitsbedingte Kürzung dieser Zulage bei Abwesenheiten und Verhinderungen im Bäderbetrieb ist nicht zulässig. Bei den Eisenbahn- und Postbeamten erhalten die Lokomotivführer eine festeren Zulage von 1,70 Mk., die Heizer von 1 Mk., aber nur für die Tage, an denen sie tatsächlich im Fahrdienst als Lokomotivführer oder Heizer verwendet werden. Das Luftschiffpersonal erhält eine monatliche Zulage von 50 Mk., das Fliegerpersonal 150 Mk. In Sanitätskompanien erhält das Krankenpflegerpersonal eine festeren Zulage von 50 Pfennig. Bei den Telegraphen-Stationen und den Eisenbahn-Kompanien darf bei Schwerkranken oder dringenden Arbeiten an die Unteroffiziere pro Tag 80 Pf., bis 1,50 Mk., an die Mannschaften 40 Pf., bis 1 Mk. Zulage gewährt werden. Diese Zulagen kann von den Kommandeuren bewilligt werden. Auch in den militärischen Betrieben können die höheren Besatzungen Zulagen bewilligen. Dieses Zulagewesen entbehrt allerdings der Einheitlichkeit vollkommen. Die Gewährung hängt dort mehr oder weniger von der Einsicht der Vorgesetzten ab.

Als Merkwürdigkeit mag noch angeführt werden, daß beim 1. Garderegiment zu Fuß und beim Regiment der Garde zu Fuß besondere Aufwandszuschüsse bewilligt werden und zwar erhalten die Stabsoffiziere monatlich je 185 Mk., die Hauptleute resp. Rittmeister je 75 Mk., die Leutenants je 49,75 Mk., die Sanitätsoffiziere je 36 Mk., die Feldwebel bzw. Wachtmeister je 12,50 Mk. Ueber Anwartschaft und Berechtigung dieser Sonderzulagen wird nichts gesagt.

# Aus Eked und den Nachbarorten.

Donnerstag, 8. Januar.

Der Sozialdemokratische Verein hat Mittwoch abend im Gemeindefestsaal seine Mitglieder-Versammlung ab auf die wir hierdurch besonders hinweisen. Den hauptächlichsten Gegenstand der Tagesordnung bildet eine Besprechung über unsere Agitation. Zahlreicher Besuch ist erford. rth.

Eshändel nicht die Kinderseile. Folgende schönen Worte, die sich gegen den de. Jugend eingepflanzten Rurrapatriotismus richten, entnimmt die „Voss. Ztg.“ dem „Journal de Peuple“: Ein armer Junge von zwölf Jahren, der ein für sein Alter recht schweres Paket trägt, beschließt einen Omnibus. Aus seiner Tasche zieht er eine Zeitschrift „Für die Jugend“ hervor, blättert darin und beginnt nun, gewissenhaft einen Aufsatz zu lesen mit der Ueberschrift: „Denken wir an unsere Soldaten!“ Ihr glückt, nicht wahr?, daß man an ihren Schmerz denken muß, an ihre Leiden und an ihre Erlösung? Ach! — unter dieser so menschlichen Titel verbirgt sich die ganze Gehässigkeit unserer Extremen: eine wilde Brutalität, die man den fernen, geliebten und vertrauensvollen Seelen der Jugend einflößt.

# Der amtliche Kriegsbericht.

W.B. Großes Hauptquartier, 8. Januar. (Amtlich.) Westlicher Kriegsschauplatz. Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht Einzelne Abtheilungen in Harbors und südwestlich von Cambrai lagen zeitweilig unter heftigem Feuer. In der Abenddämmerung griffen englische Kompagnien östlich von Bullecourt an. Sie wurden abgewiesen.

Front des Generalfeldmarshalls Herzog Albrecht von Württemberg. Im Sundgau entwickelte sich am Abend lebhafter Artilleriekampf, der nach ruhiger Nacht heute früh wieder ausbrach.

Ostlicher Kriegsschauplatz. Nichts Neues.

Mazedonische Front. Zwischen dem Ochrida- und Prespa-See, im Cerna-Sogen, sowie zwischen Wardar und Doiran-See war die Artilleriekämpfe reg.

Deutsche Truppen brachten von einem Erkundungsvorstoß in die feindlichen, bisher von Russen verteidigten Gräben westlich vom Prespa-See eine Anzahl Franzosen ein.

Italienische Front. Gegen den Monte Aselone und den Piavebschnitt nördlich von Vidor richtete der Feind tagsüber heftige Feuerüberfälle.

Während der Nacht blies das Feuer lebhaft. Der Erste Generalquartiermeister. Ludendorff.

Ihr, die Alten, Ihr hasset, weil Ihr es so wollt. Auf eine Schwächung mehr oder weniger kommt es Euch gar nicht an. Aber — bitte! — schändet nicht die kleinen, lieben Seelen, die mit Euch hassen, einzig und allein aus Liebe, — aus einer Liebe, die Euch blindlings vertraut, und die Ihr schimpflich verrätet. . . .

Ihr heißt, Ihr Extremen, die Ihr „jusc'au bout“ gehen wollt, welchen Vorteil habt Ihr davon, die Kleinen aufzustacheln? Sie sind keine Soldaten, diese Kleinen. Sie können Euch nicht helfen. Was wollt Ihr denn von ihnen? Ihre zukünftige Rolle wird darin bestehen, an dem Aufbau einer Menschheit voller Gerechtigkeit und Güte mitzuarbeiten. Dieser Krieg ist nicht Ihr Krieg. Sie haben keinerlei Verantwortung und sind daran nicht beteiligt. Nehmen sie an Ihrer Seele keinen Schaden, so werden sie einst sein können, was Ihr nicht verstanden habt, zu sein: Lebensarbeiter! Arbeiter am Bau des Lebens. Wozu sie also in den Triumph des Todes einweihen?

Sie sehen ihn schon genug, den Tod, sie alle, die ihren Vater, ihren ältesten Bruder verloren haben, und die sich dem Leben in den Armen ihrer in Tränen aufgelassenen Mutter erschließen. Laßt nicht zu, daß sie ihn vergöttern, diesen Krieg, der ihre Ernährer niedergemacht hat. Und offenbart seine Gräueltaten nicht denjenigen, die der Tod nicht oder ach! vielleicht noch nicht berührt hat. Lassen wir sie, die unter dem Schmerz des Todeskampfes leiden. Sie brauchen an unseren Leiden nicht teilzunehmen, — sie, die völlig unskuldig sind. Lassen wir sie lachen und spielen, unsere Kleinen, die im Leben stehen, die das Leben sind, und die besser sind als wir selbst. . . .

## Rechtschutzstellen für Verbraucherfragen.

Die überaus große Zahl der Kriegsverordnungen, mit denen Produktion, Handel und Verbraucherschaft beständig überschüttet werden, die rasche, nicht selten durchaus gegenläufige Abänderung der Bestimmungen, das Zerfallen des Reichsgesetzes in viele regionale Sphären unterschiedlichen Warenverkehrsrechtes, die daraus folgende Schwierigkeit einmal Konfliktsfälle zu vermeiden, andererseits über die Rechtsmäßigkeit eines Verfahrens ein zutreffendes Urteil zu gewinnen, die begreiflicherweise nunmehr einreichende Unübersichtlichkeit und Verwirrung, die bei solchem Wandel an nur durch lange Gewöhnung zu erwerbendem Rechtsgewöhnung sich ausbildende Ineffizienz nur zufällig im Einzelfall erlittener Verletzungen, die Unerschöpflichkeit stets neuer Preiswucher- und Verschönerungsmethoden, diese und andere Gesichtspunkte laßen den Wunsch laut werden, Einrichtungen zu treffen, die, in erster Linie zum Schutze der Verbraucher geschaffen, doch auch dem realen, geordneten Handel zur Beugung dienend, in jedem Falle über die Frage der Rechtmäßigkeit Auskunft geben, die Beschwerden der Verbraucher sammeln, sichten und eventuell zur Rechtsverfolgung weitergeben, in zweifelhaften Fällen selber Feststellungen machen und so zur Entlastung der Gerichte und Behörden von Ausschüssen beitragen, daher eine umso rüstschärfere und schnellere Verfolgung der bewußten und gefahrlichen Schädigungen herbeiführen und zur Einheitlichkeit und Allgemeinheit des Abwehrs- und Sühnestampfes der Verbraucher führen können. Jeder Ortsausschuß für Konsumenteninteressen sollte die Einrichtung einer Rechtschutzstelle für Verbraucherfragen in ernster Erwägung ziehen. Sie könnte ihrer Tätigkeit im Bureau des Ausschusses, zunächst zu bestimmten Wochentagen, an größeren Orten Tagesstunden obliegen. Es wäre für eine vollständige Sammlung aller Kriegsverordnungen und Gesetze einschließlich der lokalen Verordnungen, Höchstpreisfestsetzungen usw. zu sorgen. Geeignete, unentgeltliche und interressierte Ausschussmitglieder würden, wenn möglich gegen eine mäßige Vergütung, in den Bureau-Ausschüssen. Es möchte der Wunsch werden, von Seiten der Gemeinden und Regierungen, deren Arbeitslast ja durch solche Rechtschutzstellen wesentlich erleichtert und vereinfacht würde, einen Beitrag zur Kostendeckung zu erlangen. Auch manche sozialpolitische Fonds und Stiftungen, wohlhabende Philantropen werden sich zugänglich erweisen. Mit den allgemeinen Rechtsauskunftstellen, Arbeitersekretariaten, Preisprüfungsstellen usw. wäre wegen der Ausschlüsse, der gegenseitigen Unterstützung in Grenzfragen Fühlung zu nehmen. Es wird sich oft ein sozial interessierter Jurist zur Bearbeitung ausgeprägter Rechtsfragen finden lassen.

Eine solche Stelle hätte keinen Mangel an Aufgaben. Durch die Presse, die angelieferten Organisations-, durch Anschläge und Aufzettel würde sie auf sich aufmerksam machen, sich zur Auslastung über Wert und Preis von Nahrungsmitteln, über den Wortlaut und Sinn rechtlicher Bestimmungen erörtern und zur Uebersmittlung von Beschwerden, über Preiswucher, verdorbene Waren, ungenügende Behandlung usw. an ihre Adresse auffordern. Minder Kleinbändler möchte nicht gegen das Gesetz verstoßen. Er wird gern die gebotene Gelegenheit benutzen, sich kostenlos Rats zu erholen. Die Verbraucher wollen ja nicht Händlerfallen anlegen, nicht den Handel zugrunde richten, nur sich selber vor Ueberverteilung schützen. Die Rechtschutzstellen würden deshalb gut tun, von Zeit zu Zeit die gegenwärtig für ein Gebiet geltenden Rechtsbestimmungen auf Merkblättern zusammenzustellen und den Bändlern usw. zur Anschaffung zu überreichen. Die einlaufenden Beschwerden und Anzeigen wären auf ihre Berechtigung zu prüfen, Nachforschungen anzustellen, event. bei leichten Vergehen die Angeklagten vor Ueberholungen zu warnen, ernstere Fälle an Polizei, Gericht, Kriegswirtschaftsamt richtig begründet und vorbereitet, weiterzugeben. So würden Fälle ge-

häufiger, persönlicher Verfolgungswut ausgeschaltet, die Behörden können durch Hinweis auf sich verallgemeinernde geschäftliche Umstände und Vergehen zu allgemein verbindlicher Abstellung veranlaßt werden. Die Inseratenteile der Ortsblätter wären regelmäßig auf verdächtige Anzeigen (preiswucherische An- und Ausgebote, Warenschiebung, Ketten- und Schleichhandel) durchzugehen und die Ausmerzung verbotener Anzeigen, die Bestrafung rechtswidriger Angebote und Aufforderungen zu betreiben. Eine unauffällige Markt- und Geschäftskontrolle wäre zu versuchen. Dem Geschäftswindeln ließe sich zum Teil steuern, indem neu auftauchende „Marken“ zur Untersuchung eingereicht, vor schädlichen und minderwertigen Waren öffentlich gewarnt, der Vertrieb verbotener zur Anzeige gebracht würde. Der Versuch kann zunächst im kleinsten Maße gemacht werden. Wenn schon die Existenz einer solchen Ausschusses- und Beschwerdestelle wird die Geschehnisse vorchtiger, das Publikum, das die Berührung mit Gericht und Polizei scheut, aber gern seine Beschwerden vor einer sich zur Diskretion verpflichtenden Privatstelle vortragen will, widerstandslosiger und williger machen. Mag der konsumentenfeindliche Teil der Händlerpresse ruhig über eine solche Rechtschutzstelle als eine „Denunziantenstelle“ zetern, die Verbraucher müssen solche Einrichtungen treffen, mit dem Bewußtsein nicht die Uebermacht, sondern das Gleichgewicht anzustreben, Kräfte und selbstbewußte Abwehr schafft Respekt.

Zunehmend Mark Belohnung für den Nachweis einer Wohnung. In Lübeck besteht eine Wohnungsnachfrage, ja man kann sagen eine Wohnungsnot, die außerordentlich besorgniserregend ist und dringender der Abhilfe bedarf. Das ist in der Märgerschaft und an anderen Stellen wiederholt hervorgehoben worden. Um Wohnungen zu erhalten, sind schon häufig Anträge in den hiesigen Zeitungen veröffentlicht, in denen Wohnungen für den Nachweis von Wohnungen ausgesetzt wurden. Bezeichnend ist es aber, daß sich ein Mieter zur Aussetzung einer Wohnung von 1000 Mark verleiht. In einem hiesigen Blatte liest man ein Wohnungsucher die 1000 Mark demjenigen zu, der ihm eine fünf- bis sechs-Zimmer-Wohnung zum 1. April nachweist. — Es wird wohl bald nicht mehr möglich sein, ohne Wohnungszahlung eine Wohnung zu erhalten, trotz Wohnungsnachweis.

Konzert. Am Sonntag, dem 20. Januar, nachmittags 4 1/2 Uhr findet im Marmoraal des Stadttheaterbaues das dritte Konzert statt. Zur Mitwirkung ist die Lübecker Kammermusik-Vereinigung des Herrn Professor Hoimier, Konzertmeister Szanto und Solocellist Corbach verpflichtet. Eingeraht wird der Abend durch zwei Trios für Klarinetten, Violine und Cello von Haydn und Beethoven, Werke vornehmlich heiteren Charakters. Ueber den Inhalt beider Kompositionen wird das Programm eine kürzere Einführung bringen. Niemand wird sagen können, daß ihm derartige Musik zu hoch sei. Im Gegenteil, der Gedankeninhalt der beiden in Frage kommenden Werke ist so einfach, daß dem Verständnis Schwierigkeiten nicht gemacht werden. Zwischen beiden Trios spielen die Herren Szanto und Corbach eine Reihe von Solostücken. Auf die genutzte Veranstaltung seien die Freunde schöner Musik besonders hingewiesen.

pb. Elf Saal Jucker gestohlen. In der Nacht zum 6. oder 7. dieses Monats sind aus einem unterhalb der Glockengießerstraße befindlichen Schuppen elf Saal Jucker gestohlen worden.

pb. Einbruchsdiebstahl. Aus einem im Schiffslande befindlichen Lager für sind mittels Einbruchs 15 Flaschen Cognac und mehrere Flaschen Rotwein gestohlen worden.

pb. Entwendeter Handkoffer. Einer am Kühschiffhaus beauftragt gewesen, in der Mittelstraße wohnhaften Ehefrau ist ein grau gefärbter etwa 1 1/2 Meter langer Handkoffer abgehoben gekommen und vermutlich gestohlen worden, als sie diesen gestern morgen auf kurze Zeit unbeaufsichtigt in der Schwartauer Allee stehen ließ.

pb. Dreibriemendiebstahl. In letzter Nacht sind aus einer Maschinenfabrik in der Engelsgrube zwei Dreibriemen von je 8 Meter Länge und 7 bzw. 8 Zentimeter Breite gestohlen worden.

pb. Hahnscharte. Ermittelt und festgenommen wurden zwei 17jährige arbeitslose Burken wegen Einbruchsdiebstahls. Denselben konnte nachgewiesen werden, daß sie hier in letzte Zeit fünf Kaninchen- und einen Hühnerdiebstahl ausgeführt hatten. Der eine der Festgenommenen hat außerdem seinem früheren Arbeitgeber in Dortmund 200 Mk. unterschlagen. Ein mehrfach u. a. mit Zuchthaus vorbestrafter in der Börsenstraße wohnhafter Arbeiter, der einen Teil der gestohlenen Tiere kaufte, ist ebenfalls festgenommen. Dieser dürfte sich wegen Hehlerei zu verantworten haben.

pb. Um in das Gefängnis zu kommen hat ein hiesiger bereits mehrfach vorbestrafter Arbeiter verschiedentlich nachts durch Einführen der öffentlichen Feuerwerke unzulässig die Feuerwehre alarmiert. Der Festgenommene ist wegen des gleichen Vergehens bereits mit einer empfindlichen Strafe vorbestraft.

pb. Großer Diebstahl. In letzter Nacht sind aus einem Metzgerei in der Sandstraße folgende Sachen gestohlen: ein Stunks-Helzger in der Höhe von 700 Mk., ein Stunks-Buff (700 Mk.), ein blaues Tuch (300 Mk.), ein Steinmarder-Tragen (450 Mk.), ein schwarzer Kanin-Muff (50 Mk.), ein Seal-Baum-Tragen (125 Mk.), eine Weber-Kanin-Mütze (25 Mk.) und verschiedene andere Pelzwaren.

Hamburg. Postpaketbeförderung durch die Straßenbahn. Die Straßenbahn ist in den Dienst der Paketbeförderung gestellt worden, und zwar ausschließlich für die Beförderung vom Bahnhauptamt Hühnerposten nach dem Paketpostamt am Dammtorwall sowie in umgekehrter Richtung. Diese Einrichtung hat sich, wie das „Hamb. Fremdenbl.“ schreibt, glänzend bewährt und besonders zur Bewältigung des großen Weihnachtssverkehrs wesentlich beigetragen. Sieben alte Straßenbahnwagen wurden als Paketwagen umgebaut. Von ihnen stehen jetzt sechs im Dienst. Ihr großer Rauminhalt ermöglicht die Beförderung einer großen Anzahl Pakete. Die durchschnittliche Tagesleistung umfaßt die Beförderung von rund 18000 Paketen. In einem Sonntag vor Weihnachten wurden sogar 42000 Pakete befördert. — Ueber „Hamb. Fremdenbl.“ mit Grabschäften“ bezieht sich vor einigen Tagen nach der „Berl. Volksztg.“. Dazu bemerkt jetzt unser Hamburger Parteiorgan: Wir sind den Geschiedenen nachgegangen und haben festgestellt, daß sich um ein Körnchen in Hamburg längst bekannter Wahrheit ein dicker Schwundel rankt, der, wenn man ihn glaubt, allerdings Beunruhigung hervorrufen könnte. Es war in der Notiz mitgeteilt, daß auf dem Friedhöfe Friedrichs-Familiengräbstätten vorhanden seien, die noch keinen Grabhügel bergten, aber schon einen prunkvollen Leichenstein trügen. Wie jeder Besucher des Ohlsdorfer Friedhofes weiß, hat das keine Richtigkeit. Daß Grabstätten für Familien gekauft und angelegt werden, manchmal viele Jahre vorher, ehe daran Beerdigungen vorgenommen werden, ist ein alter Brauch nicht nur in Hamburg, daß hier auch große Denkmäler schon darauf gestellt werden, ist eine Geschäftsmöglichkeit, die die Friedhofsverwaltung schon zu Friedenszeiten nicht hat hindern können. Daß diese Geschäftsmöglichkeit im Kriege zugunommen hätte, kann man nicht sagen. Gänzlich unklar aber ist es, wenn in der Notiz des Berliner Blattes gesagt wird, es werde mit Familiengräbstätten ein Schleich- und Lauffhandel getrieben; das würde gegen Schrebergärten und Hausgründe ungetauft. Nach § 5 der Begräbnisordnung ist ein Weiterverkauf oder ein Verkauf von Grabstätten nicht gestattet und hat nach der bestimmten Bestimmung der Friedhofsverwaltung auch niemals stattgefunden.

Riel. Tödlicher Abstrich. In der oberen Holtensauer Straße fürte ein Kaufmann aus einer im fünften Stockwerk belegenen Wohnung auf die Straße und war sofort tot.

Hensburg. Zwei Kinder erstikt. Mehrere kleine Kinder der Jägerfamilie Weib, die ohne Aufsicht zu Hause waren, hatten mit Streichhölzern gespielt und Wälder und Kle-

Durcstöße in Brand gesetzt. Durch den entzündeten Quarm...

Kendzburg. Großfeuer. In der Nacht zum 6. Januar...

Kenhaus a. d. Oite. Eine Kindertragödie hat sich im...

Theater und Musik.

Einen bedeutenden Erfolg erzielte die Ouvertüre des ersten...

Das vierte Sinfonie-Konzert des Vereins der Musikfreunde...

Neueste Nachrichten.

Berlin, 7. Januar. (Amtlich.) Neue U-Boots-Erfolge...

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Stockholm, 7. Januar. Der Kapitän Smith von der englischen...

Zürich, 7. Januar. Die englische Regierung beantwortete die...

Verantwortlich für die Rubrik 'Aus Südbad und den Raaberggebieten'...

Zurückgekehrte!

- Entlassene! Reklamierete! Kriegsverletzte! Arbeiter und Bürger! Gefinnungsfreunde aus allen Kreisen!

Wollt Ihr nicht alle dazu beitragen, die Macht des Volkes...

Einem neuen Deutschland der Freiheit und der Volksrechte den Weg zu bahnen?

Habt Ihr Euch nicht oft genug gelobt, nach Eurer Rückkehr die Reihen der Sozialdemokratie zu stärken?

In der wahren Volkspartei für den Frieden der Völker...

Macht Euer Gelöbnis zur Tat! Stärkt die Freiheits- und Friedensbestrebungen durch...

Zaudert nicht lange! Die Partei braucht Eure Kraft. Der Krieg hat große Lücken in ihren Bestand...

für Freiheit und Frieden!

Ich Unterzeichneter erkläre hiermit meinen Beitritt in den Sozialdemokratischen Verein für den Reichstagswahlkreis Lübeck.

Name: Beruf: Wohnung: Geburtstag und Ort:

Man schneide diesen Aufnahmeschein aus und sende ihn an das Sozialdemokratische Parteisekretariat Lübeck, Johannisstraße 50.

Der Eintritt beträgt 20 Pfg., der Beitrag 10 Pfg. pro Woche.

Verteilung von Zwiebeln.

Soweit nicht mehr als 2 Pfund Zwiebeln, auf den Kopf...

In der Zeit vom 9. bis 11. Januar 1918...

Der Händler hat die Warenliste mit seinem Namen zu versehen...

Zurücksendungen werden auf Grund des § 17 der Bundesratsverordnung...

Säbe d., den 7. Januar 1918.

Städt. Obst- und Gemüsestelle.

Für die Anwesenheitslisten und Gebühre sowie Gratifikationen...

Schulbesuchung

Führer mit Lehrplan C. Grimm Nachf., Lehranstalt, Schützenstr. 5.

Gebrauchte Möbel!

Besteht aus ca. 100 Stücken im Rückverkauf von Frau Anna Metge...

Arbeiter-Rotkalender 1918

Preis 20 Pfg. Schr. Meyer & Co. Johanniskamp 41.

Carl Fr. Timm

16 Glockengießerstraße 16. Die bestens bekannte Bezugsquelle für Lebensmittel, Kolonialwaren und Tabakfabrikate.

Neuarrangierungen der Lebensmittelkarten auf alle Waren nehme ich entgegen.

Die Heggendorfer Blätter

sind das schönste farbige Witzblatt für die Familie. Vierte Jahrg. 13 Nrn. nur Mk. 3.50...

Feldpostartenbriefe

Buchhandlg. Fr. Meyer & Co.

Sozialdemokratisch. Verein

Mitglieder-Versammlung am Mittwoch, dem 9. Januar 1918 abends 8 1/4 Uhr im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

- Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal. 2. Unsere Agitation. 3. Innere Vereinsangelegenheiten.

Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersucht

Der Vorstand. Heute frisches Schwarzsauer. Karl Lahrtz, Wötcherstr. 11-16.

Zeitschriften aller Art. Buchhlg. Friedr. Meyer & Co. Johannisstraße 46.

Deutsch-russischer Soldatensprachführer. Preis 20 Pfg. Buchhlg. Friedr. Meyer & Co. Johannisstraße 46.

Stadttheater. Dienstag, den 8. Januar 1918: Neuheit! Meine Frau, die Hofchauspielerin.

Lustspiel von A. Möller und Lothar Sachs. Mittwoch, d. 9. Januar 1918: Die Garsdastürstin.

Donnerstag, d. 10. Jan. 1918: Der Troubadour. Anfang der Vorstellungen 7 Uhr.

Hansa-Theater. Heute, abends 7 Uhr: (88) Der Juxbaron

## Die Zusammenlegung der Ersten Kammern.

Erste Kammern finden wir, abgesehen von Preußen, noch in folgenden deutschen Bundesstaaten: Baden, Bayern, Hessen, Sachsen, Württemberg und Elsaß-Lothringen. Ihre Zusammenlegung ist außerordentlich verschieden.

In Preußen gehören zur Zeit dem Herrenhause an ohne die Prinzen das Haupt der fürstlichen Familie von Hohenzollern, 22 ehemalige reichsfürstliche Herzöge, Fürsten und Grafen, 51 zur Herrschaft des vereinigten Landtags berufen gewesene Herzöge, Fürsten, Prinzen, Grafen und Standesherrn, 43 Herzöge, Fürsten, Grafen und Barone, denen das erbliche Recht besonders verliehen ist, 4 Inhaber der großen Landesämter, 106 Mitglieder, die aus besonderen königlichen Vertrauen berufen sind, die 3 Vertreter der Domkapitel zu Brandenburg, Merseburg und Naumburg, 8 Vertreter der Provinzialverbände der Grafen, 18 Vertreter von Familienverbänden, 90 Vertreter des Grundbesitzes, 10 Vertreter der Landesuniversitäten und 51 Vertreter von Städten.

In Baden legt sich die Erste Kammer wie folgt zusammen: Es gehören ihr an die Prinzen des Großherzoglichen Hauses, die Häupter der landesherrlichen Familien, sowie solcher Familien, denen der Großherzog die erbliche Landesherrschaft verliehen hat, der katholische Landesbischof, der Prälat der evangelischen Landeskirche, 8 Abgeordnete des grundherrlichen Adels, je einem Abgeordneten der Hochschule, 3 Vertreter der Handelskammer, 2 Vertreter der Landwirtschaftskammer, ein Vertreter der Handwerkskammer, 2 Oberbürgermeister, 1 Bürgermeister einer Stadt über 3000 Einwohner, ein Mitglied eines Kreisausschusses und höchstens 8 vom Großherzog ernannte Mitglieder, von denen 2 richterliche Beamte sein müssen.

In Bayern zählt die Erste Kammer zu Mitgliedern die Prinzen des königlichen Hauses, die 4 Thronbeamten des Reiches, die Erzbischöfe von München und Bamberg, 1 vom König ernannter Bischof, die Häupter der reichsfürstlichen Familien, den Präsidenten des protestantischen Oberkonsistoriums, die vom König ernannten erblichen Reichsräte (adlige Rätekommissäre) und die vom König ernannten lebenslänglichen Reichsräte, deren Zahl beschränkt ist.

In Hessen legt sich die Erste Kammer zusammen aus den Prinzen des Großherzoglichen Hauses, den Häuptern der landesherrlichen Familien, dem Senior der Familie Ribesell Freiherr zu Eisenbach, dem katholischen Landesbischof, einem Geistlichen der evangelischen Landeskirche, einem Mitglied des Senats der Landesuniversität, einem Mitglied des Senats der technischen Hochschule, 2 Vertretern des anständigen Adels, höchstens 12 vom Großherzog ernannten Mitgliedern, je einem Vertreter der Handelskammer, der Landwirtschaftskammer und der Handwerkskammer. Bemerkenswert ist es, daß die genannten Kammern je 3 Mitglieder vorschlagen, von denen der Großherzog einen auswählt.

In Sachsen besteht die Erste Kammer aus den Prinzen des königlichen Hauses, einem Vertreter des Hochstifts Meißen, einem Abgeordneten der Universität Leipzig, dem Dean des Domstiftes St. Petri, einem Abgeordneten des Kollegialstiftes zu Wurzen, dem evangelischen Oberhofprediger, dem Superintendenten zu Leipzig, 5 Grafen und Herren, 12 Ritterpächtern, den ersten Magistratspersonen von Dresden und Leipzig, den ersten Magistratspersonen von weiteren 6 vom König zu bestimmenden Städten, die untereinander abwechseln und aus 5 vom König frei ernannten Mitgliedern.

In Württemberg legt sich die Erste Kammer zusammen aus den Prinzen des königlichen Hauses, 18 Häuptern landesherrlicher Familien und 2 Grafen, aus höchstens 6 vom König auf Lebenszeit zu ernennenden Mitgliedern 5 Mitgliedern des ritterchaftlichen Adels, dem Präsidenten des evangelischen Konsistoriums, dem Präsidenten der evangelischen Landesynode, 2 Generalsuperintendenten, einem Vertreter des bischöflichen Ordinariats, einem von dem katholischen Dean gewählten Mitgliede, je einem Vertreter der

Landesuniversität und der technischen Hochschule, 2 Vertretern von Handel und Industrie, 2 Vertretern der Landwirtschaft, einem Vertreter des Handwerks.

In Elsaß-Lothringen gehören der Erste Kammer an die Bischöfe von Straßburg und Metz, der Präsident des Oberkonsistoriums der Kirche Augsburgischer Konfession, der Präsident des Synodalvorstandes der reformierten Kirche, der Präsident des Oberlandesgerichts zu Kolmar, ein Vertreter der Universität Straßburg, ein Vertreter der israelitischen Konsistorien, je ein Vertreter der Städte Straßburg, Metz, Kolmar, Mühlhausen, je ein Vertreter der Handelskammern zu Straßburg, Metz, Kolmar und Mühlhausen, je 2 vom landwirtschaftlichen Rate aus im Hauptberuf in der Landwirtschaft tätigen Personen der Bezirke Ober-Elsaß, Unter-Elsaß und Lothringen gewählten Vertretern, deren je einer aus jedem Bezirk häuslicher Kleinrentner sein muß, 2 von der Handwerkskammer zu Straßburg gewählten Vertretern in Elsaß-Lothringen wohnhaften Reichsangehörigen, die der Kaiser auf Vorschlag der Landesräte ernannt. Ihre Zahl darf die der übrigen Mitglieder nicht übersteigen. Nach Schaffung einer Arbeitervertretung treten 3 Vertreter des Arbeiterstandes hinzu.

## Lord George über die englischen Kriegsziele.

London, 6. Januar.  
Nach einer Reitermeldung berief Lord George gestern die Vertreter der Gewerkschaften zu sich und gab ihnen eine Erklärung über die Kriegsziele, in der er u. a. sagte:

Wir sind an der kritischsten Stunde dieses furchtbaren Kampfes angelangt und bevor eine Neutragung eines schwerwiegenden Entschlusses über die Bedingungen folgt, unter denen die den Kampf beendigen oder fortsetzen soll, muß dem Genüge getan werden, daß das Gewissen der Nation hinter diesen Bedingungen steht. Lord George erklärte dann weiter, daß er die Frage der Kriegsziele mit den Arbeiterführern, mit Lascutti, Grey sowie einigen Vertretern der großen überseeischen Dominions beraten habe, so daß das Ergebnis dieser Erörterungen Anspruch darauf habe, nicht allein als Auffassung der Regierung, sondern der Nation, und des ganzen Reiches zu gelten. Er sagte: Wir führen keinen Aggressionskrieg gegen das deutsche Volk, das von seinen Führern herbeigeführt wurde, es führte einen Verteidigungskrieg gegen alle Völker, die auf eine Zerstückelung Deutschlands aus sind. Das ist nicht der Fall. Eine Zerstückelung Deutschlands und des deutschen Volkes war niemals unser Kriegsziel vom ersten Tage des Krieges bis heute. Das englische Volk hat niemals eine Trennung der deutschen Stimme oder die Auflösung des deutschen Staates oder Landes beabsichtigt. Deutschland hatte eine große Stellung in der Welt. Es ist nicht unser Wunsch oder unsere Absicht, diese Stellung in Zukunft in Frage zu stellen oder zu zerstören, sondern Deutschland von seinen Fesseln und Plänen einer militärischen Beherrschung abzulösen, damit es seine große Kraft den gemeinnützigen Aufgaben der Welt widmet. Ebenso können wir nicht, um Österreich-Ungarn zu zerstören oder die Türkei ihrer Hauptstadt und der reichen, berühmten Besitzungen in Kleinasien und Thrakien, die vorwiegend von der türkischen Rasse bewohnt sind, zu berauben. Ebenfalls sind wir in den Krieg eingetreten, lediglich um die Verfassung des Deutschen Reiches abzuändern und zu zerstören. Das ist eine Sache, die das deutsche Volk zu entscheiden hat. Zu der Erklärung des Grafen Cernin, die dieser am 25. Dezember 1917 im Namen Österreich-Ungarns und seiner Verbündeten abgab, sagte Lord George: Diese ist bedauerlich unbestimmt. Ähnliche Worte allein über die Formel: „Keine Annexionen und keine Entschädigungen“ oder das Recht auf Selbstbestimmung sind zwecklos. Bevor irgend welche Veränderungen überhaupt begonnen werden können, müßten sich die Mittelmächte der wirklichen Lage der Tatsachen bewußt werden. Die erste Forderung, die daher die britische Regierung und ihre Verbündeten immer vorangestellt haben, sind die vollständige Wiederherstellung Belgiens und eine Entschädigung für seine verlustigsten Städte und Provinzen. Dies ist nicht die Forderung einer Kriegsentwöhnung, wie sie Deutschland im Jahre 1871 Frankreich auferlegt hat, es ist ein kein Versuch, die Rollen der Kriegshandlungen von einem Kriegführenden auf den anderen zu schieben, es ist nicht mehr und nicht weniger als das Bestehen darauf, daß, bevor es irgend eine Hoffnung auf einen dauer-

haften Frieden geben kann, dieser große Bruch des öffentlichen europäischen Rechtes seine Zurückweisung erfährt und soweit als möglich gutgemacht werden muß. Solange das internationale Recht nicht durch das Verhalten auf der Zahlung für Schäden, die in Rücksicht dieser Grundlage zugefügt wurden, anerkannt ist, kann es niemals möglich sein. Als Nächstes kommt die Wiederherstellung Serbiens, Montenegros, sowie der bestetzten Teile Frankreichs, Italiens und Rumäniens und die vollständige Zurückziehung der feindlichen Armeen. Das Wiederherstellen des Rechts ist die grundlegende Bedingung für einen dauernden Frieden. Wir wollen bis zum Untergang an der Seite der französischen Demokratie in deren Verlangen auf Wiederherstellung (Rekonstruktion) des großen Unrechts von 1871 stehen, als ohne Rücksicht auf die Wünsche der Bevölkerung zwei französische Provinzen herausgerissen und dem Deutschen Reich während eines halben Jahrhunderts einverleibt wurden, und bis dieses nicht geheilt ist, können gesunde Zustände nicht wieder eintreten. Es kann keine bessere Illustration der tödlichen Bösartigkeit geben, als einen vorübergehenden militärischen Erfolg zur Verewaltung eines nationalen Rechtes zu benutzen. Ich will nicht versuchen, die Frage der russischen Gebiete, die jetzt von den Deutschen besetzt sind, zu behandeln.

Die russische Politik ist seit der Revolution durch so viele Gefahren und so schnell gelaufen, daß es schwierig ist, ohne Neckerie ein Urteil darüber zu sprechen, welches die Lage sein wird, wenn die endgültigen Bedingungen des europäischen Friedens gesprochen werden. Russland hat den Krieg mit seinen Schreden hingenommen, weil es, getreu seiner Ueberlieferung als Schützer der schwächeren Stämme gleicher Rasse in den Krieg trat, um Serbien vor einem Anschlag auf seine Unabhängigkeit zu schützen. Es ist dies ein ehrenvolles Opfer, das nicht allein Russland, sondern auch Frankreich in den Krieg zog. Frankreich, trenn in den Bedingungen seines Vertrages mit Russland, trat an die Seite seines Verbündeten in einem Streit, der nicht seine Sache war. Seine ritterliche Haltung für seinen Vertrag führte zu dem willkürlichen Einfall in Belgien und die Vertragsverpflichtung Großbritanniens gegenüber diesem kleinen Land zog uns in den Krieg. Russland ist nunmehr dabei, ohne Verbindung mit den Ländern, die es in den Krieg zog, Sonderverhandlungen mit dem gemeinschaftlichen Feind zu führen. Ich mache ihm keine Vorwürfe, sondern führe lediglich Tatsachen an: Niemand, der Preußen und seine Absichten auf Russland kennt, kann einen Augenblick über seine letzten Absichten im Zweifel sein; was für Phrasen es auch immer gebraucht hat, um Russland einzumischen, es liegt nicht in seiner Absicht, eine der Provinzen und Städte Russlands, die es jetzt besetzt hält, zurückzugeben. Unter dem einen oder anderen Namen, welchem, ist ja gleichgültig, werden diese russischen Provinzen künftig in Wirklichkeit einen Teil des preussischen Reiches bilden und das übrige Volk Russlands wird, teils durch blühende Worte verlockt, teils durch Drohungen über die Fortsetzung des Krieges gezwungen, in einen Zustand vollständiger wirtschaftlicher und später auch politischer Sklaverei gegenüber Deutschland getrieben werden. Wir alle bedauern diese Aussicht der Demokratie Englands, die beabsichtigt, bis zum letzten Ende den demokratischen Frankreichs, Italiens und aller unserer Verbündeten beizustehen. Wir werden staks sein, bis zum Ende Seite an Seite mit der neuen Demokratie Russlands zu kämpfen. Dasselbe will Amerika, Frankreich und Italien; aber wenn die gegenwärtigen Machthaber Russlands unabhängig von ihren Verbündeten etwas unternehmen, so haben wir keine Mittel einzuschreiten, um die Katastrophe aufzuhalten, der ihr Land sicherlich verfallen muß. Wir glauben jedoch, daß ein unabhängiges Polen, das alle jene wahren politischen Elemente umfaßt, die wünschen, einen Teil davon zu bilden, die dringendste Notwendigkeit für das Gleichgewicht in Osteuropa ist. Gleichermode und obwohl wir mit Wilson übereinstimmen, daß die Einführung Österreich-Ungarns kein Teil unserer Kriegsziele ist, ist in der Meinung, daß, wenn nicht die Selbstrennung auf Grund wirklich demokratischer Grundzüge einen österreichisch-ungarischen Nationen gewährt wird, die diese so lange wünschten, es unmöglich ist, auf die Befreiung dieser Ursachen in diesem Teile Europas, die solange keinen allgemeinen Frieden bedrohten, zu hoffen. Aus denselben Gründen betrachten wir die Befriedigung des natürlichen Anspruches der Italiener auf Vereinigung mit einem Volke gleicher Rasse und Sprache für notwendig. Ebenso beabsichtigen wir, darauf zu drängen, daß Polen rumänischen Blutes und rumänischer Sprache in ihren berechtigten Forderungen Gerechtigkeit getan werde. Außerhalb Europas glauben wir, daß dieselben Grundzüge zur Anwendung kommen sollen. Während wir keineswegs die Aufrechterhaltung des türkischen Reiches in der Heimat der türkischen Rasse mit Konstantinopel als Hauptstadt in Frage stellen wollen, sind Arabien, Mesopotamien, Syrien und Palästina, wenn die Distanz zwischen dem Schwarzen und Mitteländischen Meer inter-

## Die Rheider Burg.

Erzählung von Levin Schüding.

42. Fortsetzung.

„Und damit, meine gnädigste Gräfin,“ fuhr Monsieur Ermanns fort, „wäre diese Angelegenheit beendet. Es bleibt mir nichts übrig, als Ihnen auszudrücken, daß ich sehr unglücklich bin, nur in einer für Sie so traurigen Sache zu Ihren Diensten gewesen zu sein. Kann ich irgendwie sonst Ihnen meine Ergebenheit beweisen, so darf ich hoffen, daß Sie über mich verfügen!“

„Sie könnten mir einen Rat geben, mein Herr,“ verbeugte die kleine Gräfin nach einer Pause und mit einer gewissen Jögierung. „O, sprechen Sie rücksichtslos, meine Gnädigste, Sie glauben nicht, wie sehr es mein Wunsch ist, Ihnen zu dienen.“

„Der junge Mann, dessen Sie eben erwähnten...“

„Richard von Hudarde?“

„Der selbe — er ist hierher gekommen, um zu versuchen, die Burg seiner Väter wiederzuerhalten.“

„Was ihm niemals gelingen kann,“ fiel Ermanns ein. „Das Gut ist schon von der vorigen Regierung eingezogen, von dieser auf den Großherzog übergegangen, durch letzteren an den Grafen Epaville vererbt — das Gut gehört Ihnen, Frau Gräfin, und Ihrem kleinen Sohne, und niemand auf der Welt kann Ihnen diesen Besitz streitig machen. Hat Herr von Hudarde Ansprüche, so mag er sie bei der ehemaligen preussischen Regierung geltend machen — was ihm freilich, da diese nicht mehr existiert, schwer werden dürfte!“

„Ich glaube das,“ verbeugte die Gräfin, „auch der Großherzog hatte die Gnade, mich über meine Zukunft in dieser Beziehung zu beruhigen; aber sehen Sie, mein Herr, ich habe Mitleiden mit dem jungen Kinde, ein tiefes aufrichtiges Mitleid — und,“ fuhr sie fort, indem sie leicht erötend niederblickte, „ich möchte dieser Teilnahme einen Ausdruck geben, ich möchte etwas tun, um seine Zukunft zu sichern. Vielleicht wäre ihm geholfen, wenn ich ihm die Verwaltung meines Gutes übertrüge. Wenn ich mich entschließen sollte, das Gut selbst zu bewahren, bedarf ich ja auch dringend eines Geschäftsführers und Beirats — aber Sie sehen ein, daß ich nicht diejenige sein kann, welche ihm mit solchen Anträgen entgegenkomme. Es wäre möglich, daß er sie zurückweise; und solange er Hoffnung hegt, das Gut wiederzuerhalten, würde er mein Wohlwollen ohne Zweckfeld zurückweisen.“

„Ich verstehe,“ fiel Monsieur Ermanns ein, „es würde zunächst zu dem Teile dieses jungen Herrn dienen, wenn man ihm klar machte, daß er sich keinen Illusionen hingeben dürfe.“

„Und aus dem Grunde eines bewährten Geschäftsmannes kommend, würden solche Versicherungen ihm einen tiefen Eindruck machen,“ sagte die Gräfin.

„Deshalb wünschen Sie, Madame, daß ich ihm die Hoffnungslosigkeit seiner Lage auseinandersetze soll.“

„Das ist es, was ich von Ihnen zu erbitten wage, Monsieur,“ fiel Madame Henriette ein. „Aber wir wollen es nicht Hoffnungslosigkeit nennen, weil ich die besten Absichten für ihn habe. Es käme nur auf ihn an, ob er diese annehmen, ob er meine Hilfe nachsuchen würde!“

Am Monsieur Ermanns Lippen spielte ein ironisches Lächeln. Er schwebte einen Augenblick — gerade so lange, um eine kleine Betrachtung über die Schwächen weiblicher Natur anzustellen und sich im stillen zu sagen, Madame Henriette fehle sich bereits nach einem Tröster in ihrer hilfbedürftigen Witwenhaft und dravere diese leise Sehnsucht vor sich selbst und vor andern in das Gewand der rührendsten Güte und der uneigennützigsten Besorgnis um das Schicksal des jungen Mannes.

„Madame,“ sagte er dann, „der junge Mann, von dem wir reden, möchte sehr verhärtet sein, wenn er nicht tief bewegt würde durch solche Gefinnungen, wie Sie sie eben aussprachen. Allein ob er annehmen würde was Ihre Güte ihm bieten könnte, ist sehr die Frage. Denn was seine Hilfslosigkeit angeht, so kann diese nicht groß sein, wie Sie voraussetzen. Er hat sich den Ritterhausen zum Opfer bringen wollen, und diese Leute, welche sehr wohlhabend sind, werden für einen solchen Heroismus dankbar sein.“

„Nun ja,“ verbeugte die Gräfin, „Sie könnten ihm eine Zusatzt bei sich bieten, ihm Geld zur Verfügung stellen; aber, wie ich ihn kenne, würde er solche Wohlthaten anzunehmen Bedenken tragen. Er würde zu stolz dazu sein. Etwas anderes ist, was ich ihm zu gewähren bereit bin — es beweist ihm nicht allein ein Vertrauen, sondern es fordert auch Dienste, es nimmt seine Zeit und Tätigkeit in Anspruch und deshalb kann seine Ehre sich nicht davon verlegt fühlen!“

„Madame,“ antwortete der Polizeibeamte, „ganz gewiß ist dies außerordentlich richtig bemerkt. Allein es wärten hier besondere Umstände ob, welche mich glauben lassen, daß Richard von Hudarde mehr als geneigt ist, aus den Händen der Ritterhausen nicht nur eine Unterstützung, sondern alles, was sie befehlen, anzunehmen.“

„Wie verstehe ich das?“

„Nun, meine Gnädigste, was ich damit andeuten will, würde Ihnen nicht dunkel sein, wenn Sie, wie ich, Zeuge der Begegnung zwischen Herrn von Hudarde und Mademoiselle Sibylle Ritterhausen gewesen wären. Diese Begegnung nämlich war äußerst leidenschaftlicher Natur.“

„Sie lieben sich?“ fragte die kleine Gräfin lebhaft aufstehend. „Sie lagen einander in den Armen, Brust an Brust gepreßt,“ ergänzte Ermanns.

Gräfin Henriette antwortete nicht auf diese Mitteilung, welche sie sehr zu überraschen schien. In ihren Mienen jedoch glaubte Monsieur Ermanns den Ausdruck einer außerordentlich großen und schmerzhaften Enttäuschung zu erkennen.

„Arme Frau, dachte er dabei, nicht ohne einen Anflug innerer Spottes — arme Frau — dir stürzt ein Lustschloß ein! Es war freilich etwas vorzeitig aufgebaut! Aber was soll man da machen? Dein Mann hat es nicht verdient, daß du ihm lange nachtrauerst!“

„Mein Gott,“ sagte Madame Henriette leidend nach einer langen Pause, „so bin ich wieder ratlos! Was soll ich nun mit meinem Gute machen! Wie soll ich es verwalten lassen, ohne daß man mich herault und bestiehlt! Ich bin unerfahren wie ein Kind in solchen Dingen!“

„Da Sie Ihr Gut doch wohl selbst bewahren wollen, Madame,“ verbeugte Ermanns, „so werden Sie bald zu viel Erfahrung gewinnen, um mit einem nur halbwegs treuen Verwalter an Ihrer Seite sich selbst helfen zu können. Das eigene Interesse ist ein guter Lehrmeister.“

„Ich sollte das Gut selbst bewahren?“ rief hier Madame Henriette aus. „In dem fremden gartigen, kalten Lande, wo ich niemand zum Freunde habe, niemand kenne, nicht einmal die Sprache der Menschen recht verstehe? Da soll ich das Haus beziehen, worin man meinen armen Mann toben ermordet hat? Welche Voraussetzung, welche Zumutung, mein Herr!“

„Ihre Worte von vorhin ließen mich diese Voraussetzung machen. Es Ihnen zuzumuten, bin ich weit entfernt! Ich würde im Gegenteil mich sehr wundern, wenn Sie nicht den jähren sonnen Sünden, der Ihre Heimat ist, wieder aufsuchten!“

„O gewiß, gewiß, sobald es mir irgend möglich ist!“

„Sie müssen dann das Gut verkaufen,“ sagte Ermanns. „Wenn sich eine Gelegenheit bietet, will ich das in der Tat.“

„Eine Gelegenheit? Daran scheint es mir nicht zu fehlen.“

„Ohne daß ich die Hälfte des Wertes einbüße?“ fiel die Gräfin verdrüsslich ein.

„Ohne daß Sie einbüßen. Ich möchte mich sehr täuschen, wenn ich Ihnen nicht einen Käufer noch heute beschaffe, der den ganzen Wert und noch etwas mehr dafür zahlt.“

„Und wer wäre das?“

„Ritterhausen.“

„Sie glauben?“

„Ich glaube nicht, ich bin dessen gewiß.“

„Aber warum?“

„Nun, weil man ihm die Alternative stellen kann: entweder da kauft oder wir beginnen den Prozeß gegen dich, mit dem schon der Graf von Epaville dich bedrohte — wir vertreiben dich vom deinem Hammer. Sie erinnern sich des Briefes, den der Graf an Ritterhausen schrieb und von dem ich Ihnen sprach...“

(Fortsetzung folgt.)

